

Ersteinst täglich
ersch. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreise
monatlich 80 Pf.
vierteljährlich 1,50 Mk.
halbjährlich 2,80 Mk.
jährlich 5,00 Mk.
Durch die Post bezogen
1,00 Mk. extra Beleggeld.

Die Neue Welt
(Anhaltungsverhältnisse),
monatlich 10 Pf.

Redaktions-Adressen:
Redaktion: Nr. 1047.
Expedition: Nr. 1047.
Telegraph-Adress:
Vollständig Weltanschauung.



Insertionsgebühren
für die 2. Spalte
pro Zeile oder deren Raum
20 Pfennig.
Für unregelmäßige Anzeigen
30 Pfennig.
Im rekognoskiven Falle
helft die Zeile 75 Pfennig.

Interesse
für die 2. Spalte
müssen mindestens 100
Zeilen lang sein.
Anzeigen in die
Postzeitung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. a Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Wahlen und Presse.

Hunderttausende, die sich für den Ausfall der kommenden Reichstagswahlen lebhaft interessieren, werden zur Stunde noch nicht, doch eben in diesen Tagen, in der letzten Septemberwoche, die wichtigste Voraussetzung fällt, die die Ereignisse des nächsten Januar auf das wirksamste beeinflussen wird. Der Kampf um den Wähler und den Stimmzettel kehrt noch immer recht weit im Felde, dafür ist der Kampf um den Wähler und den Stimmzettel auf der ganzen Linie entbrannt, und wenn diese Woche sich vollendet, wird er entschieden sein. Zum 1. Oktober steht sich jeder Zeitungslieferer vor die Frage gestellt, ob er sein Blatt auf weiterem Gebiete oder ob er von seiner Schwelle weichen will, um einer Zeitung von anderer Parteifarbung sein Haus zu öffnen.

Es gibt Zeitungsbereiter, die dem Quartalswechsel mit Angst und Bangen entgegensehen, aber ein Sozialdemokrat befindet sich unter ihnen nicht. Die sozialdemokratische Presse hat das Band zwischen sich und ihren Lesern unlosbar gefügt, und sie darf lächeln über die unumgängliche Wehrlosigkeit der Gegner, die verbände ihre gewalttätige nicht nachdringliche Verdrängung dem sogenannten "Kerrosismus" der Partei. Es ist nämlich nicht die Frucht der Disziplin, die die eintrittet Millionen sozialdemokratischer Leser zusammenhält, sondern die einfache Erkenntnis, daß das werksfähige Volk wirkliche Förderung seiner Interessen nur von solchen Organen erwarten darf, die aus seinen eigenen Schöpfung hervorgegangen und die schon durch ihre Herkunft vor der Gefahr gefeit sind, zu Werkzeugen herrschender Klassen zu werden. Die sozialdemokratische Presse ist nicht die Herrin, sondern das dienende Geschöpf der Arbeiterklasse und als solches eine demokratische Kulturerscheinung von solcher Macht und Bedeutung, wie sie die Weltgeschichte sonst kaum kennt. Dieses Bewußtsein des Erzeugers zum Erzeugten macht das Band zwischen dem werksfähigen Volk und seiner Presse unzerreißbar, und darum kann das Gespinnst des Abonnementenscheindas, das die Presse vieler bürgerlicher Verleger umschleiert, in das Kontor eines sozialdemokratischen Blattes keinen Eingang finden.

Nicht der Erhaltung gilt unsere Sorge, sondern dem Fortschritt. Ja, nicht einmal dem Fortschritt, der uns gemäß ist, und in imponierenden Riffen vor uns herein zieht, sondern dem Kampf des Fortschritts. Wird der folgende Strom der sozialdemokratischen Tagesliteratur im nächsten Jahresbericht aus bannen Quellen neu gespeist werden, oder wird er aus hundert stützenden Bächen neuen Zuflus erhalten? Das ist die Frage, die in dieser letzten Septemberwoche zur Entscheidung steht, und in ihrer Beantwortung liegt auch schon ein Stück Antwort auf die Frage nach dem Ausfall der kommenden Wahlen.

Es handelt sich heute und in den kommenden Tagen darum, welche Blätter die Zeitungslieferer in den letzten drei Monaten vor der Abrechnung lesen werden. Diese Blätter, so beschreiben sie in ihrem Anhalte sein werden, werden doch darin einen gleiches, daß sie alle die kommenden Wahlen in den Vordergrund ihrer Erörterungen stellen und die Leser zur Wahl im Sinne derer oder jener Partei zu beeinflussen bestreben werden. Aber im kommenden Quartal seine politische "Aufführung" aus konservativen, liberalen oder liberalen Zeitungen besteht, auf dessen Stimme wird die Sozialdemokratie nur in den seltensten Fällen rechnen können. Denn tagaus tagein werden ihm die größten Innabnehmer über die Partei angeführt und die gelegentliche Widerlegung durch Klingblättler kommt dagegen nur schwer auf. Die sogenannte "parteilose" Presse ist in Wahrheit gemeint die sozialdemokratische Presse, die sich unter dem Einfluß von Kapitalisten und Verbänden und ist wie dazu geschaffen, den besten Neffensanbender für eine antisozialdemokratische Sammelpolitik abzugeben. Wo sie aber wirklich parteilos ist, mag aus der Schar ihrer Leser ein Quäntlein schwankend gestimmte Mitläufer zu den sozialdemokratischen Wählermassen stoßen. Zum überzeugten Kämpfer für die große Volksidee ist aber noch kein Zeitungslieferer durch den Genuß solcher Geistesprodukte erzogen worden.

Der sozialdemokratische Zeitungslieferer dagegen ist nicht bloß für die Sozialdemokratie, sondern er ist auch für die Sozialdemokratie. Überdies ist er, und muß es in diesem Augenblicke vor allem sein, ein eifriger, nimmer müder Arbeiter für sein Blatt! Und jeder Leser, der er dem sozialdemokratischen Blatte gewinnt, ist der Sozialdemokratie nicht nur als Wähler gewonnen, sondern seine Leserschaft wirkt seine Person hinaus auf den Kreis, in dem er verkehrt. Man kann ungefähr annehmen, daß gegenwärtig auf jeden Abonnenten der sozialdemokratischen Presse drei Wähler kommen, die bereit sind, mit ihrem Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Der im September einen neuen Leser für das sozialdemokratische Blatt gewinnt, hat also damit auch schon für den Januar der Sozialdemokratie einige Wähler gewonnen!

Das sind Dinge, die ganz selbstverständlich sind, aber sie müssen ausgesprochen werden, damit jeder, der sie weiß und begreift, sich auf seiner Pflicht und der ungeheuren Wichtigkeit des Augenblicks bewußt wird. Was in den nächsten Tagen verfaßt wird, ist nicht wieder einseitig. Bis zum dreißigsten September muß diese wichtige Vorarbeit für die kommenden Wahlen getan sein!

Frankreich in Marokko.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die deutsch-französischen Verhandlungen neigen sich einem friedlichen Ende zu. Wenn auch die beiderseitigen Regierungen es für angebracht hielten, die Verhandlungsobjekte den Wählern, deren offizielle Vertreter sie sind, vorzutragen, so kann man doch, an der Hand der geschichtlichen Ereignisse und der mehr oder weniger "offiziösen" Auslassungen, den Kern der Verhandlungen fixieren.

Es ist oder war ein alter Plan der französischen Kolonialpolitik, in deren Band die Spanantag, Delagoa, Mozambique und Sichon nur geistige Verweigerung waren, ein großes nordafrikanisches Kolonialreich zu schaffen, das vom Südpazifik bis zur Eisenbahnlinie gehen sollte. Dieser Plan ist oft durchgesetzt worden und hat wesentliche Einschränkungen erfahren. Zunächst kamen ihnen die Engländer in die Quere, die die Mehrheit der Südpazifikstationen aufkauften und Negativen bestanden. Es wäre damals beinahe zum Kriege zwischen England und Frankreich gekommen. Schließlich einigten sich die beiden Regierungen — wogu die plump und pretentive Politik der deutschen Regierung nicht wenig beigetragen hat — und es kam zwischen Frankreich, England, Spanien und Italien zu einem Abkommen, das die "Eisenbahnlinien" im Mittelafrikanischen Meer festsetzt. Frankreich verzichtete auf alle Ansprüche in Skandinavien, wogegen England auf Marokko verzichtete. Spanien bekam einen Teil von Marokko als Einflußzone zugewiesen, der bei einer eventuellen Aufteilung ihm zufallen soll und Italien überließ man Tripolis. Deutschland war, durch das "Geschäft" seiner Diplomatie, völlig ausgeschaltet worden, worüber die deutschen Steuerzahler sich schließlich nicht zu ärgern brauchen. Da fuhr dann die "gepanzerte Post" drein. Wilhelm II. fuhr nach Tanger und erklärte sich zum Schutzherrn Marokkos und seines Sultans. Das war die diplomatische Art der deutschen Regierung, zu sagen: Ach, wir auch meinen Teil bei der Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker haben.

Herr Rouvier, der den gegangenen Delagoa erstreckt, gab sich die größte Mühe, mit der deutschen Regierung ein Austauschgeschäft zu machen. Aber diese erklärte im Brustton der fittlichen Entrüstung, daß sie sich auf solche Geschäfte nicht einlasse und an dem Kaiserwort der Integrität Marokkos und der Unabhängigkeit des Sultans nicht denken noch denken lasse. Heute hat man dieses Kaiserwort zu den ausserartigen Reue zurückgeführt. Es kam also zur Konferenz von Algeiras. Auf der Konferenz allerdings hätte man gegen einen Seiten, oder wenigstens den Oberbefehl über die internationale Hafenpolizei erhalten. Da sich aber die interessierten Mächte vorher bereits verständigt haben, sog Deutschland wieder leer ab.

Durch diese "Erfolge" gezwungen, kam es im Frühjahr 1909 zu neuerlichen Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung und zum Abschluß eines Vertrages, worin, ähnlich wie in dem englischen Vertrag, die deutsche Regierung die politischen Sonderinteressen Frankreichs in Marokko anerkannte, auf jede politische Einmischung verzichtete und nur die Garantie der wirtschaftlichen Gleichberechtigung reservierte. Wie Paris für dieses Aufgeben der Integrität und Unabhängigkeit Marokkos und seines Sultans, versprach die französische Regierung, dahin zu wirken, daß bei der wirtschaftlichen Ausbeutung Marokkos die deutschen Kapitalisten einen entsprechenden Huppen abbekommen. So wurde bei der Vergebung des Tabakmonopols das Haus des Wendelsohn beteiligt, so vereinigten sich Schneider-Creusot mit Krupp-Elfen zur Ausbeutung der Erzgäler usw.

Im Vorjahre begann dann der damalige Finanzminister und heutige Ministerpräsident die viel erörterten Verhandlungen von Riflingen wegen des gemeinsamen Baus von Eisenbahnen in Marokko und im Konga und einer Festung des französischen Weltmarktes für deutsche Wertpapiere. Doch die Verhandlungen verstrepten sich und mittlerweile kam es zu dem Zuge nach Fez.

Unbefriedigt vom Verlauf der Dinge, gab die deutsche Diplomatie in ihrer preußischen Fiedelsbaumanier zu verschicken, daß sie unzufrieden sei. Es wurde wieder ein Brief nach Marokko geschickt, allerdings diesmal nur nach Agadir. Wirklich handelt es sich aber nicht um die Integrität und die Unabhängigkeit Marokkos, sondern um das genaue Gegenenteil. Die deutsche Regierung trug Frankreich das Protektorat über Marokko an, unter Vorkbehaltung des bisherigen wirtschaftlichen Abkommens, wogegen sie zum Austausch das ganze französische Konga verlangte. Darüber nun große Entrüstung auf französischer Seite. Im Gegensatz zu den Verhandlungen von 1905, waren es die französischen Kolonialpolitiker, die jetzt die Einberufung einer internationalen Konferenz verlangten. Der deutschen Forderung, die auf die Schaffung eines großen deutschen generalafrikanischen Kolonialreiches hinauslief und damit die englischen Pläne, die von Sen bis Kairo gehen, entgegenzusetzen hätte, trat außerdem das englische veto entgegen. Herr Lord George wurde mit seiner Brandrede vorgeschickt.

Daß die französischen Kolonialpolitiker von einem Protektorat über Marokko zunächst nichts wissen wollten, ist sehr begreiflich. Da dieses Protektorat die wesentliche Einschränkung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der anderen Staaten hätte, würden die Franzosen in Wirklichkeit dabei nichts bekommen, was sie nicht jetzt schon haben, aber unabweislich bekommen werden, ohne in den eigenen Staatsbüdel zu greifen.

Ein Protektorat, wie jede Kolonialpolitik, ist ein teures Vergnügen. Jetzt bekommt Frankreich alle Vorteile an Marokko wiederholt bezuglich, alle Expeditionen bezahlt. Bei einem Protektorat würde sich die Sache ändern.

Je mehr aber die deutsche Regierung ihre Gegenforderungen einschränkt, desto mehr liegen sich die französischen Politiker durch den äußeren Hintis des Protektorats blenden. Heute scheinen sie auf dem Seim festzuhalten.

Nun haben die Wählern ein großes Geschrei gemacht. Sie wollen von einer "Preisgabe" Marokkos nichts wissen. Sie glauben, daß Frankreich sich in Nordafrika ein großes Truppenvermögen schaffen will, um den mangelnden Bevölkerungszuwachs auszugleichen. Das ist eine Chimäre. Frankreich kann die unterdrückten und selbstbewußten Völker und Araber noch weniger in Europa als Soldaten verwenden, wie England die Indier, oder Deutschland die Sereros.

Das "Geschäft", das die deutsche Regierung Frankreich macht und das sie sich, wie feinerzeit England, teuer bezahlen läßt, ist ein Dan a e g e s e n t. Mit dem Protektorat über Marokko hat man nicht die Schwereiten für Frankreich. Es wird dort keine Militärstützen finden, sondern im Gegenteil, eine Armee unterhalten müssen. Die anderen Schwereiten liegen auf spanischer Seite. Und die sind womöglich noch größer...

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 26. September 1911.

Friedensstafel über Marokko.

Die Marokko-Affäre endet, der Aktur würdig, mit einer Festschere. Die Berliner offizielle Presse meidet, daß bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Aehrenthal-Bühner am Sonnabend zu Ehren des Weltkaiserpaars Cambo an Diner stattfand, zu dem außer Herrn und Frau Cambo auch Frau v. Aehrenthal, sowie verschiedene Herren des Auswärtigen Amtes, darunter der Interaktionssekretär Zimmermann, der Oberste Freiberger v. Wangenheim und andere gelangten waren. Bei der Tafel ist die Lösung der Marokkofrage mit unterlesenen Weinen begossen worden. Ein Scherz, daß diese ganze Affäre nicht schon vor Monaten auf die gleiche Art erledigt würde. Die Kriegsglocke hat nicht nur in unverantwortlicher Weise das Volk beunruhigt, sondern auch viele wirtschaftliche Werte gerührt und gemindert. Doch täusche man sich nicht: Das Volk hat aus der Krise vielerlei gelernt! Es wird nicht für alle Ereignisse dulden, daß man mit ihm und seinen Lebensfragen betarig Schindluder spielt.

Über den Abschluß der Verhandlungen wird offiziös gemeldet:

"Die Marokko-Verhandlungen dürfen, soweit sie Marokko selbst betreffen, als erledigt betrachtet werden. Es handelt sich nur noch um rechtliche Fragen in Paris. Es wird nunmehr gleich zur Regelung der Kompensationsfrage geschritten werden. Obgleich diese Verhandlungen sich noch etwa eine Woche hinziehen können, werden hier nennenswerte Schwierigkeiten nicht erwartet. Daß das Marokko selbst betreffende Abkommen erst seine Gültigkeit erlangt, nachdem auch die Kompensationsfrage zur Zufriedenheit geordnet ist, darf wohl als selbstverständlich betrachtet werden. Nur der Einfachheit und Uebersichtlichkeit wegen sind die Verhandlungen in zwei Teile zerlegt worden, obwohl sie in Wirklichkeit ein ungetrenntes Ganzes bilden. — Leider werden die Protokolle der Verhandlungen mit ihrem Ein und Her, mit all den Schwankungen der beiden Staatsmänner aus naheliegenden Gründen vielleicht nie, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit, veröffentlicht werden; man würde sonst sehen, daß sie stets in offener und freundschaftlicher Weise eingeleitet worden sind und daß für die von Zeit zu Zeit aufgetretenen Kriegsgerüchte zu keiner Periode der Verhandlungen eine Berechtigung vorhanden hat."

"Verruchter Verrat an Vaterlande."

Die Hamburger Nachrichten dienen acht Jahre hindurch dem Spießhölz, in den der gefürchtete Wismard all sein Geld und alle seine Gulte entleert. Er dieser Zeit spielen sie sich als das "nationalste" Blatt Deutschlands auf, als das einzige, das wirklich in den Spuren des alten Eisenfessels einzieht, und sein Gefieder das gegen die Sozialdemokratie gleich in der Lat dem Mannes, der die Partei in den ersten Wochen des Ausnahmestadiums erdrosseln wollte. Daß auf dem Parteitag zu Jena bei der Werpredung der Marokkofrage sein "Lobwort" begangen wurde, hat das edle Blatt beträchtlich enttäuscht, und darum sucht es gewaltfam andernorts der Partei "Lobwort" in die Schuhe zu schieben. Dein Obem schon ist Lobwort und Majestätsverbrechen schmeißt es wie der Kaiser Hofball in seines Wintermärchen. Das Hugs hat es ein an der Friedendemonstration, die deutsche und französische Sozialdemokraten am vergangen Sonntag an der elbischen Grenze auf französischem Boden abhielten. Dazu schreiben die Hamburger Nachrichten:

Die Tatsache bleibt bestehen, daß die deutsche Sozialdemokratie in einer Zeit, wo das deutsche Volk einen Krieg mit Frankreich zur Wahrung seiner Ehre und seiner vitalen Interessen in den Bereich der Möglichkeit ziehen muß, über die Grenze gegangen ist, um sich mit dem Feinde vielleicht schon von morgen zu verdröhnen. Wenn

das nicht Verat, verrückt Verat an Vaterland ist, wissen wir nicht, wo ein solcher Verat anfangen sollte. Nicht genug der sozialdemokratischen Demonstrationen im eigenen Lande, demonstriert die deutsche Sozialdemokratie sozusagen im Heimbunde gegen das Vaterland, seine Ehre und seine Interessen. Und diesem Treiben sollte kein Ende gemacht werden können, wie es allein schon die Sicherheit des Landes gebietet? Wir meinen, die beruflichen Stellen hätten alle Verat, sich die Rechen der Einnahme und Wechsel in Zusammenhang zu bringen. Das ist ein Verat, was sich einsehen lässt, an den die Berufsleute geknüpft werden könnten. Diese Demagogikentfaltung eines von dem blinden Gutmischens verdient befürchtet zu werden. Denn das ist wahrhaftig der Gipfel Welt deutsche Sozialisten im Verein mit französischen sich gegen jeden Krieg erklären und die Regierungen bei der Bänder aufrufen, unter allen Umständen den Frieden zu wahren, deshalb sollen sie des Hoch- und Vaterlandverrates schuldig sein und — am liebsten natürlich im wörtlichen Sinne — an einen Galgen gehängt werden. Und wie schnell wieder die deutsche, die nationale Ehre zur Hand ist, wenn's gilt, den Hoch gegen die Sozialdemokratie zu führen! Vor rund vier Wochen sang's anders. Da schrieben eben dieselben Hamburger Nachrichten:

Die deutsche Ehre? Wir wüßten nicht, wie sie bei dieser Frage und Spiel. Unsere Handelsinteressen in Marocco sind rein materielle Natur, und wenn nämlich der Marocco, die von Berlin aus zur Zeit der Längerfrist getrieben worden ist, übertriebene Auffassungen vom Engagement Deutschlands Platz gegriffen haben, und wir ihnen nicht mehr in der Maroccofrage anhängen, und wir ihnen nicht mehr, als es unsere Pflicht erlaubt, die Konsequenzen daraus ziehen und zur Verständigung mit Frankreich im Jahre 1900 schreiten mußten, so mag das unseren Chauvinisten gegen den Strich gegangen sein, aber die deutsche Ehre ist dadurch nicht im mindesten berührt worden. Die ganze Marocco-Affäre ist nichts anderes, als ein Geschäft zwischen Deutschland und Frankreich, bei dem jeder, ganz berechtigt, aber im großen Rahmen, sich herauszufinden sucht, aber im Leben keine Ehrenfrage! Nachdem wir auf den französischen Markt nach Paris mit der Entscheidung unserer Streitigkeit geantwortet haben, sieht die Partie vollständig gleich, und man kann den Weg der Verständigung beschreiben, ohne daß die eine oder andere Partei Einbuße an Ehre erlitten. Ob dies den Mannesmannen und ihren Vertretern recht ist, ist wieder eine andere Frage; jedenfalls haben sie kein Recht im Namen des deutschen Volkes gegen den bevorstehenden Ausgleich zu protestieren.

Sehr, sehr richtig! Aber wenn die Sozialdemokratie sich dagegen wehrt, daß aus einem solchen Geschäft für das deutsche Volk ein Krieg entsteht, denn ist die „nationale Ehre“ engagiert und es liegt Vaterlandverrat vor. Als wenn einem nicht an sich schon übel würde, wenn diese Bande das Wort „deutsche Ehre“ in den Mund nimmt!

Zum Kampfe gegen die Teuerung.

Die Regierung teilt wieder mit. Es wurde berichtet, daß von dem Reichsregiment Maßregeln gegen die Teuerung, so ein Ausfuhrbescheid für Marocco, in gänzliche Wegfallung der Getreideeinfuhrzölle, eine im Umlauf sei. Wie die agrarische deutsche Tageszeitung erzählt, entstehen diese Mittelungen lediglich Begünstigung. Das war eigentlich zu erwarten, denn wenn man der Regierung einmal antwortet, sie könnte gegen die fluchbeladene Agrarpolitik auch nur den leisesten Stoß unternehmen, so ist man freis auf dem Holzwege.

Verkauf von Kartoffeln durch die Gemeinden. Die Berliner Vorortgemeinde Johannisthal hat beschlossen, den Einkauf von Kartoffeln für die Einwohner in die Hand zu nehmen. Durch eine Umfrage soll die Höhe des Bedarfs festgestellt werden.

Was in Johannisthal durchgeführt werden kann, sollte doch wohl in anderen Gemeinden auch möglich sein. Und ebenso gut wie Kartoffeln können auch andere wichtige Lebensmittel durch die Kommunen betrieben werden. Die Forderungen, die auf diesem Gebiet von der Sozialdemokratie erhoben werden, sind also durchaus erfüllbar. Es kommt bloß auf das Willen an!

Das Monopol.

[Nachdr. verb.]

Sozialer Roman aus dem russischen Volkleben von Karl Ruhl.

Warwara Dmitriewna blickte betrübt zu Boden. Ihr sehrlicher Wunsch, ihren geliebten Sohn, den Leben des reichen Ouses, glücklich verheiratet zu sehen, sollte also unerfüllt bleiben. Sie hatte sich schon wiederholt um eine passende Partie für ihn bemüht, aber alle ihre Bemühungen waren an seinem feinkennenden Widerstand gescheitert. Ihr letzter Plan war, ihn für Alexandra Kowalowa zu heiraten, der Gutsbesitzerin aus der Nachbarschaft zu interessieren. Die junge Dame war aus berühmten Smolnischen Adelsfamilien in St. Petersburg erzogen worden, hielt sich erst unglücklich in Gorbunow — dem Onkel ihres Vaters — auf, hatte Gelegenheit gehabt, mit dem Reichsminister eine Male zusammenzutreffen, für den jungen Mann ein sehr attraktives Objekt und nach sich zur Freude Warwaras Dmitriewnas alle erdenkliche Mühe, durch wohlüberlegte Hofetiquette auf ihn Eindruck zu machen. Sie hatte ihn schon mehrere Male aufgefordert, sie auf ihren Spazierritten zu begleiten, und als höflicher Cavalier hatte er ihre Entladungen nicht ablehnen können. Warwara Dmitriewna hatte sich darüber außerordentlich gefreut. Im Gegensatz war sie, als er vor einiger Zeit die Spazierritte einstellte. Er hatte sich nämlich bereits zweimal wegen Ueberhäufung mit Arbeit — infolge der Umbauten in der Wenzersstraße — entschuldigt, und mußte jetzt spöttisch darüber lächeln, daß die junge Dame in seiner Abwesenheit nach Duxowka gekommen war, um — wie sie selbst gegen seiner Mutter gelobt hatte — ihn für seine Mühseligkeit gehörig auszufragen.

Nach längerem Schweigen sagte Warwara Dmitriewna zu ihrem Sohne: „Du weißt gar nicht, wie sehr ich für alles interessiert, was dir irgendwem nahe geht. Ich erzählte dir zum Beispiel die Geschichte deiner Geliebten aus Radowino, — und du hättest nur sehen sollen, welcher tiefes Mitleid ich für das Mädchen an den Tag legte. Sie schämte sich nicht für Radowino und sagte sogar, noch ehe du daran gedacht hast, es wäre das beste, wenn sie zu uns aufs Gut käme. Ich sehe ja nichts als etwas Bildung, und sie — das heißt Alexandra Kowalowa — würde sich ein ganz besonderes Vergnügen daraus machen, die kleine Regierung zu unterrichten. Du wolltest nicht, — schon aus politischen — die eingehenden Spazierritte wieder aufzunehmen.“

„Um“, meinte Gled Michailowitsch, „damit ich es noch Zeit. Für mich heißt's jetzt: an die Arbeit! Sobald ich einige Tage abwesend bin, heuert es an allen Ecken und Enden. Der Bau muß fortgesetzt werden, damit er zum Termin fertig wird, die

Teuerungszusage für Beamte?

Der Berliner Vorkamerger will wissen, daß im preussischen Finanzministerium ein sehr eingehendes Studium über die Gewährung einer einmündigen Teuerungszusage an die Staatsbeamten „Erwägungen“ föhnen“. Um eine Teuerungszusage für etwaige Bedürfnisse zu fassen, seien die einzelnen Verwaltungen befragt worden, inwiefern dort ein Bedürfnis für eine Teuerungszusage anerkannt werde. Vorhergehende fügt das Blatt hinzu, daß es noch dahinstehen, ob sich die Erwägungen auf Beamte beziehen würden. Die letzte Teuerungszusage wurde im Jahre 1908, zugleich mit der Besoldungsreform, durchgeführt.

Die ganze Geschichte sieht sehr nach Stimmengang und nach Wahlmacht aus.

Agarische Woiwodschaft

Im Tag veröffentlicht „Laliban“ ein Spottgedicht gegen die Wiener Teuerungsdemonstrationen, das mit folgender vielschlagener Strophen schließt:

Die Revolte nicht bricht.
Wenn dir in den Eingeweiden
Echt neblige Bohnekeiden
Wirkt du nie mehr Hunger leiden.

Caliban, der altbühnenreife Seldensänger des Tag, heißt im Privatleben Richard Kordausen und ist Redaktionschef des Organs des Bundes der Landwirte, der Deutschen Tageszeitung. Die Wortführer der Bauworte sind ihrer juteindigen Auftraggeber würdig.

Reichsprämien für die Auszahlung des Volkes.

Nach dem letzten Ausweis über Deutschlands Außenhandel für Getreide in den laufenden Erntejahre betrug in der Zeit vom 1. August bis 10. September 1911 die Ausfuhr:

von Roggen	941 988 Doppelzentner
von Roggenmehl	198 988
insgesamt	1 089 976
von Weizen	475 449
von Weizenmehl	157 562
insgesamt	633 011
von Hafer	244 815

Es wurden also an Ausfuhrprämien gezahlt:
für Roggen u. Roggenmehl auf den Doppelzentner 5.— 4) 4 941 988 4
für Weizen u. Weizenmehl „ „ „ 5,50 „ 3 475 449 4
für Hafer „ „ „ 5.— „ 244 815 4
insgesamt 10 200 486 4

Der Einfachheit halber ist die Ausfuhrprämie für den Doppelzentner Weizen aus nur mit 5 Mark und 650 Mark in Rechnung gestellt, in Wirklichkeit ist die Mehrprämie noch höher. Der Reichsstatistik sind aus der Ausfuhr von Roggen Barverträge im Betrage von 220 Millionen Mark erwachsen, die bei Zoll-einnahmen aus der Roggenausfuhr 2 19 Millionen Mark betragen. Noch viel schlimmer als diese Ausfälle der Reichsstatistik sind die durch die Ausfuhrprämien bewirkten weiteren Verteuerungen von Roggen, Weizen und Hafer. Das Ausland hat für die in der Zeit vom 1. August bis 10. September über die Grenze geschaffenen Mengen deutschen Getreides 10,20 Millionen Mark weniger bezahlt, als die deutschen Verbraucher für die gleiche Menge Getreide bezahlen mußten.

Allein in den ersten sechs Wochen des Erntejahres 1911 sind die Ausfuhrprämien und die überaus billigen Exporttarife von Deutschland wegen mehr Zuwendungen gemacht worden, als die Regierungen wohl für ihre ganze Kolonialaktion auszubringen beabsichtigen.

Mittelständler, Gastwirte, Wahlen.

In Dresden wurde ein Verband des reichsdeutschen Mittelstandes gegründet. Nach dem angenommenen Statutenentwurf soll ein „Mittelstandsvorbund“ zur Zusammenfassung aller mittelständlichen Körperlichkeiten zur Wahrung der Berufs- und Standesinteressen unter Ausschluß parteipolitischen Wirkens sein. Als parteipolitische Wirkensrichtungen gelten aber nicht Aufklärungen und Weisungen über parlamentarische Verhandlungen, über Gesetzesvorlagen wirtschaftlicher Natur und über die Stellung der einzelnen politischen Parteien an einander.

Die neue Mittelstandsbewegung soll das Gebilde sein, das reaktionäre Wirtschaftspolitik schon lange erziehen, um die

Gastwirter nur eine Woche einzuhalten. Das die vorgeschriebene „Neutralität“ nur ein sehr laienhaftiges Mäntelchen ist, und den wirtlichen Charakter der neuen Vereinigung nicht zu verbergen vermag, beweist die Auslegung, die dem Statut von der parteipolitischen Betätigung gegeben wurde.

Die bürgerlichen Gastwirte gegen den schwarzen blauen Bloß. Der Reichsbund deutscher Gastwirte hat, wie liberale Blätter melden, in seiner letzten Sitzung zur kommenden Reichstagswahl Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Gastwirte des Reichsbundes deutscher Gastwirte an der Reichstagswahl teilnehmen, der für die Reichsinanzreform seinerzeit gestimmt hat. Dagegen soll jeder Kandidat die Stimme erhalten, gleichviel welcher politischen Partei er angehört, sobald er das Versprechen gibt, daß er für die Interessen des Gastwirtsstandes eintreten und jede Sonderbestreuerung von ihm fernhalten will.“

Im diese Beschlußfassung weitestgehend bekannt zu machen, soll den Verbänden die Möglichkeit übermitteln und zur Beachtung empfohlen werden.

Die Konzeption des Reichs. Die Konzeption des Reichs, die bisher launigen Gastwirte aus die unläuteren Einflüsse, die gegen die Unterfertigung sozialdemokratischer Kandidaten gerichtet sind, mutig zurückweisen.

Deutsches Reich.

Grundbesitzer als Steuerbeiträge. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet an der Spitze ihrer Nr. 22: „Nach Postenmitteilungen sind neuerdings verschiedene Fälle vorgekommen, in denen zur Verwertung bestimmter Grundbesitzverhältnisse errichtet werden, deren Zweck es ist, die Zuwachssteuer zu erproben. Die Grundbesitzer scheinen sich bei der Wahl dieser Gesellschaftsform darauf zu stützen, daß § 8 des Zuwachssteuergesetzes, in welchem dem Uebertrag des Eigentums an Grundbesitz gleichgesetzt wird der Uebertragung von Rechten an dem Vermögen von Grundbesitzverwertungsgesellschaften, die Mitwirkenden nicht erwähnt. Vor der weiteren Ausführung derartiger Verträge muß es gewarnt werden. Soweit die erwähnten Grundbesitzer nicht etwa nach allgemeinen Grundbesitzverhältnissen niedig oder bereits nach § 8 des Gesetzes steuerpflichtig sind, würde der Bundesrat hier alsbald in die Kompetenz der Reichsregierung übertragene Ermächtigung zu machen und die erwähnten Grundbesitzer, die es ohne unter § 1, 5 des Gesetzes zu folgen — einem anderen ermöglichen, über das Grundbesitz wie der Eigentümer zu verfügen“, für steuerpflichtig zu erklären. Einzelne Erwägungen hierüber sind im Gange.“

Die Gemeinden haben sich bisher schon, wenn auch noch vielfach herabgesetzt, bemüht, durch eine besonders sorgfältige Prüfung der Steuerordnungen den offiziiell gezeigten Reaktionen der Grundbesitzer entgegenzutreten.

Entschädigungen an die Opfer des Eßner Meindeprozesses. Der Justizminister bewilligte dem in Meindeprozess Schöder umfänglich beurteilten ehemaligen Zeitungsbesitzer Meyer 7000 Mk. und dem Vergmann 20 000 Mk. als Entschädigung. Soweit bei Meyer Schödererich für die seit 1903 eingetretene Erwerbsunfähigkeit verlangt wird, bleibt die Entschädigung vorbehalten, die von beiden geltend gemachten Mehransprüche wurden als „unbegründet“ abgelehnt.

Seine Laubbauweise in Berlin. In seiner Sitzung am Sonnabend hat der Berliner Magistrat, besonders der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder, beschlossene Beschlüsse über die Einführung der Zufuhrsteuer zu erwidern. Wie aus dem Magistratsbüro gemeldet wird, ist die Vorlage aufgegeben worden, weil der Magistrat aus den bisherigen Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen hat, daß an eine Annahme im Plenum der Stadtratsordnungen doch nicht zu denken ist. Der in den Etat für 1911 eingeleitete Ertrag der Zufuhrsteuer in Höhe von 1 150 000 Mark kommt dadurch in Abfall; er soll aus den Ueberflüssen des Vorjahres gedeckt werden.

Kommunistischer Kandidat. Die sozialistische Parteileitung stellte in einer Verammlung in Treglia für den Wahlkreis Sombereg-Grülar-Regenrain an Stelle des verstorbenen

und ihre Stabschiffigkeit im Hause des Rates. Das war seiner Meinung nach auch alles!

„Das kein Interesse aber noch einen tiefer liegenden Grund hatte, als er sich selbst einzuordnen verdrückte, wurde ihm erst nach drei Tagen klar. Die Ursache war, daß er sich in der Stabschiffigkeit über den Hof der Brennerer aufhielt. Der Brief lautete:

Mein lieber Freund Gled Michailowitsch! So schwer es mir auch wird, so bin ich doch verpflichtet, Ihnen eine höchst bewunderliche Mitteilung zu machen. Es handelt sich — wie Sie ja selbst vermuten werden — um Radowino. Sie ist an einem heftigen Nervenleiden erkrankt. Und das Schlimme ist, daß die Schuld dieser Erkrankung ganz zweifellos mit trifft. Trotzdem, daß Sie sich das ja auch schon selbst hätten denken können, muß ich es doch unumwunden aussprechen, um Ihnen zu bereuen, daß ich nicht so fröhlich bin, ein begangenes Unrecht irgendwie zu verschleiern, mich — sozusagen — von der Schuld rein zu waschen. Es ist klar, daß die Erkrankung eine unmittelbare Folge der starken Nervenregung ist, welche Sie während und nach der Synopse infolge meiner Unachtsamkeit — ich möchte fast sagen Dummheit — zu übersehen hatte. Sie werden also Ihren Plan, das Mädchen in einigen Tagen nach Duxowka zu bringen, einstweilen aufgeben müssen. Um Ihrer Vergebung kann ich übrigens sagen, daß Radowino so erkrankte Scheu mir gegenüber verschwunden ist. Das ist auch der Fall, der Herr, zum Teil an ein Verbot meiner Frau, welche durch freudlichen Ausdruck auf sie eingewirkt hat. Infolgedessen vertraut das Mädchen mir jetzt als Arzt vollkommen. Allerdings darf ich dabei nicht behaupten, daß sie eine schwere Krankheit durchzumachen haben wird. Sollte es notwendig werden, so mag ich allerdings nicht hoffen will, — so werde ich natürlich nicht erlangen, noch einige Kollegen zu konsultieren, damit Sie leben, das meinerseits alles getan wird und werden soll, was ich — infolge meiner Schuld — doppelt verpflichtet bin. Es ist natürlich auch selbstverständlich, daß Radowino ganz in meinem Hause verpflegt wird. Meine Frau läßt Ihnen sagen, daß Sie der Pflege wegen in jeder Beziehung Ihnen sorgfältig können. — Gut noch, daß das Mädchen nicht hysterisch prädisponiert ist. Dadurch wird die Prognose etwas günstiger. Sollte die Krankheit aber einen schlimmen Ausgang nehmen, mag ich nicht hoffen will, — so werden Sie, wenn vielleicht auch betrübt, so doch im Gemüt ruhig bleiben können, während ich mein Leben lang keine Ruhe mehr finden werde.“

Meine Frau und ich begrüßen Sie recht herzlich und erwarten bald Ihren freundlichen Besuch.
Ihr Freund S. Stolowitsch.

Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg den Generalstreik der deutschsprachigen Partei, Kämpfungen aus Hamburg, als Reichstagskandidaten für die bevorstehende Wahl auf.

„Sozialdemokratische Arbeiterpartei.“ In der Sache gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen glaubte auch die Tremonia, das bekannte Dortmunder Zentralblatt, sein Teil beitragen zu müssen. In einer Wochenplauderei wurde auch der Vorstand der Dortmunder Ortskrankenkassen angegriffen und von sozialdemokratischen Mitgliedern gescholten. Die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder und der Vorsitzende der Kasse trugen Klage gegen das Blatt an. Es dauerte lange, ehe die Sache zum Abschluss kommen konnte. Der Angeklagte, Redakteur Spanta machte immer wieder Rücksicht. Schließlich suchte er sich zu retten mit der Angabe, Lambert Lenfing, der Verleger des Blattes, sei der Verfasser und er selbst sei, als der Artikel erschien, bereits gestorben.

In der Weimaraufnahme erklärten zwei bürgerliche Unternehmers, die dem Vorstand angehörten, die Behauptung der Tremonia sei unanständig. Es sei keine Kritik, sondern nur geistige Verleumdung. Es sei keine Kritik, sondern nur geistige Verleumdung. Es sei keine Kritik, sondern nur geistige Verleumdung.

Oesterreich-Ungarn.

Regierung und Eisenbahner. Feuerung und Wohnungsgeldern haben die Angestellten und die Beamten der Eisenbahnen gemungen. Lohnforderungen zu stellen. In einem ausführenden Memorandum haben sie der Regierung ihre Forderungen überreicht. Sie sind entsetzlich, wenn die Regierung nicht rechtzeitig nachgibt, zur Fassung der Forderungen über den Streik zu greifen. Wie die Neue Presse erzählt, beschäftigt sich die Regierung mit der Abfassung eines Gesetzes, welches einen nicht unbedeutenden Teil der Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen geeignet ist. Die Gesetzesvorlage wird im Laufe des Oktober von der Regierung beim Parlament eingebracht werden. Gleichzeitig wird eine Vorlage vorgelegt werden, welche die Dedungsfrage für dieses Gesetz regeln soll.

Das Volk gegen die Lebensmittellage. In Kattowitz (Schlesien) kam es zu großen Leuzungsdemonstrationen. Mehrere tausend Arbeiter bombardierten das Getreidemagazin. Sie schlugen die Fensterheben einer Zuckerfabrik ein und demolierten das Tor einer anderen Fabrik. Militär und Gendarmerie rückte aus. Es kam wiederholt zu heftigen Zusammenstößen mit der Wenge, welche nach in die benachbarte Stadt Siedlitz zog. Ein Gendarm wurde verletzt. Es wurden „strenge Ausnahmeverfügungen“ erlassen.

Italien.

Kriegsrüstungen? Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß Italien die Absicht hat, eine Expedition nach Tripolis zu unternehmen, um seine dortigen wirtschaftlichen und politischen Interessen besser zu wahren. Kommt es zu keiner Verhängung mit der Türkei, die einen solchen Eingriff nicht ohne weiteres ruhig hinnehmen kann, so sind erste Vermutungen, ja ein event. Krieg zwischen den beiden Mächten nicht ausgeschlossen. Italien scheint sich bereits auf eine solche Möglichkeit vorzubereiten. Aus Rom kommt die Meldung: Nach einem gestern veröffentlichten Anrufe des Kriegsministeriums sind für Dienstag 100 000 Mann der Infanterie entlassen 1888er Klasse in der Reserve worden. Diese Maßregel beweist, daß die Regierung jetzt dem Antritte der öffentlichen Meinung nachgehend, zu resoluten Vorgehen entschlossen ist. Die zweite Mittelmeer-Flotte ist mit vier Regalen Erbes von Syracuse abgegangen, man nimmt an nach Tripolis.

Wie aus Benedit abgemeldet wird, wurden die Dampfer Bosnia, Serbia und Rio der nationalen Transportgesellschaft, die dieser Tage nach der Levante auslaufen sollten, auf Anweisung der Regierung in Benedit zurückgehalten und warten weitere Befehle ab.

In „bestimmterichteten“ Wiener diplomatischen Kreisen verlautet allerdings, daß die italienische Regierung vorerst in Konstantinopel verharren werde, die Ueberlassung weitgehenden Einflusses in Tripolis gegen eine Geldentschädigung zu erwerben. Erst wenn die Türkei dieses ablehnen sollte, ist eine militärische Expedition nach Tripolis vorgesehen.

In der Türkei hat das Vorgehen Italiens begrifflichweise lebhafte Unruhe hervorgerufen. Die Konstantinopeler Zeitungen bezeichnen eine etwaige italienische Tripolis-Expedition als infam. — Die türkische Regierung hat bei allen Mächten mit Ausnahme von Italien Nachfragen über ihre Ansichten über Tripolis eingezogen, und die Antwort erhalten, daß über diese Frage keine Verhandlungen stattfinden. Die Mächte fragen, weshalb die italienische Regierung die Nachrichten von einer Befegung Tripolis nicht demontiert habe. Wie gerüchelt verlautet, wird die Türkei die Unterstützung Deutschlands nachsuchen. Einweisen werden die militärischen Vorbereitungen fortgesetzt. Die türkische Regierung hat vier Dampfer mit Waffen und Munition beladen lassen. Diese Dampfer sollen nach Tripolis gehen und liegen unter Dampf. Ihre Abreise verzögert sich jedoch noch, da die Regierung einen italienischen Handstreifer befürchtet. Die türkischen Kriegsschiffe, die augenblicklich Kreuzfahrten unternehmen, sind von der britischen Küste zum Schutz der Dardanellen zurückgerufen worden.

Konstantinopel, 24. September. Der Abgeordnete Israel Daffi Bahadere führt in einem bemerkenswerten Artikel über Tripolis aus: Falls Italien die Absicht hat, Tripolis zu annektieren, muß es sich vor Augen halten, daß die Türkei nicht Marokko oder Senegal ist. Deutschland und Oesterreich dürfen ein solches Vorgehen Italiens niemals dulden, insofern der besonderen Stellung, die die Türkei auf dem Balkan und in Europa einnimmt. Will Italien Tripolis erobern, so muß es mindestens 100 000 Mann bereitstellen.

Die italienischen Arbeiter gegen das Abenteuer der Regierung. Mailand, 24. September. Der Allgemeine Arbeiterverband will am Tage, an welchem Italien seine Expedition nach Tripolis ins Werk setzt, zum Zeichen des Protestes den Generalstreik erklären.

Paris, 25. September. Mailin meldet aus Rom: Gestern abend beschloß die Arbeiterkammer in Rom, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, eventuell mit einem Generalstreik, der Expeditionspolitik der Regierung zu widersetzen. Die Arbeiterkammer von Florenz hat ebenfalls beschlossen, falls eine Expedition nach Tripolis stattfinden soll, die Abfahrt der Soldaten zu verhindern. Die Demokraten in Genoa sind gleichfalls bereit, gegen eine Expedition Einspruch zu erheben. Ein ähnlicher Beschluß wurde von dem republikanischen Komitee in Mailand gefaßt. Dagegen sind die Demokraten in Palermo der Regierung günstig gesinnt und treten energisch für die Rechte Italiens in Tripolis ein. Die große Mehrheit der Radikalen und speziell der Republikaner in den mittleren Provinzen sind der Regierung ebenfalls günstig.

Belgien.

Die Bekämpfung der Leuzung. Der Kabinettschef wird in der kommenden Woche eine Abordnung der parlamentarischen Sozialisten empfangen. Die ihm vorzulegenden Vorschläge über eine gründliche Bekämpfung der Lebensmittellage werden sein. Die Sozialisten beabsichtigen andererseits, eine außerordentliche Sitzung des Parlaments zu verlangen, damit die Kammer Gelegenheit habe, über eine Abhilfe der bestehenden Leuzung zu beraten.

England.

Der Eisenbahnerstreik in Irland. Die führende Organisation der britischen Eisenbahner, die Amalgamated Society of Railway Servants, hat den allgemeinen Eisenbahnerstreik über ganz Irland erklärt. Das ist die Antwort der Arbeiter auf die Weigerung der Direktoren, mit der Entlassung und Maßregelung von Angestellten, die keine Streikbrecherwerke handhaben wollen, aufzugehen. Da die Eisenbahndirektoren sich überhaupt nicht dazu bequemen wollen, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln, ist zu dem ursprünglichen Kampfesobjekt bereits der weitere von der Anerkennung der Gewerkschaft getreten.

Die Wirkung des Ausfalls zum Generalstreik macht sich förmlich mehr fühlbar. Bisher erstreckte sich der Streik hauptsächlich auf den Süden des Landes, jetzt kommen auch aus den nördlichen Teilen, vor allem aus Belfast, nacheinander die Nachrichten von allgemeinen Arbeitseinstellungen und Stillstand des Verkehrs. Im Süden ist der Verkehr vollständig paralysiert. Die dortige Lage wird als beispielsweise in der Geschichte Irlands geschildert. Eine ganze Anzahl von Städten ist isoliert und mehrere von ihnen sollen geradezu mit Hungersnot bedroht sein. In Dublin sind die Preise der Nahrungsmittel stark gestiegen.

Die Bürgermeister machen Versuche, den Kampf von hinten herum zu beugen, indem sie sich bemühen, den Streik bei den Bauhelfern, deren Streikbrecherwesen den Konflikt auf den Eisenbahnen herauszufordern, hat ein Ende zu machen. Das höchste natürlich der Hauptquartierleitung aus dem Wege gehen, denn selbst wenn es dadurch gelingen sollte, den Eisenbahnerstreik zu beenden, so würde er bei der nächsten Gelegenheit wieder ausbrechen. Die Regierung, und zwar sowohl das Londoner Handelsministerium, wie auch die Dubliner vierjährige Regierung, bemühen sich dagegen, die Parteien in Unterhandlungen miteinander zu bewegen. Bisher sind aber alle diese Versuche an dem hartnäckigen Widerstand der Eisenbahndirektoren gescheitert.

Reine politische Auslandsnachrichten.

Der Jar und sein Epichelstem. Wäterschen hat angeordnet, daß, unabhängig von der ganzen Unterredung über den Anschlag auf Stolypin, eine eingehende Untersuchung der Tätigkeit der politischen Polizei von Kiev vorgenommen werden soll, mit der auf laizistischen Beschäftigung Russen in Betracht kommen. — Das Ergebnis dieser Untersuchungskommission wird sein: es bleibt alles wie es war. — Der persische Gesandte soll der Meldung einer Petersburger Zeitung zufolge durch die Wäterschen angefangen genommen worden sein. Nach einer Bestätigung zufolge ist aber in Teheran nichts davon bekannt. — In einer Straflingsrevolte kam es in einem Botschafter-Gefängnis. Die Ursache war die unerträgliche Behandlung. Zur Niederschlagung der Revolte wurde Militär herbeigeholt, das von der Feuerwaffe Gebrauch machte. Ein Arrestant wurde getötet, zahlreiche andere wurden verwundet.

Wagrows Ende. Wagrow, der Anführer von einem Duanen befreite, ist Sonntag nach in Kiewer Gefängnis abgeführt worden. Der Gunter hat sich seines Opfers rasiert demütigt.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Ueberblick, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Wot, Lokales, Provinziales und Versammlungsberichte Gotil. Kasparek, sämtlich in Halle.

Hus der Partei.

Die Stuttgarter Differenzen.

Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart nach in seiner fünfzehnten Versammlung am Freitag den Bericht vom Parteitag in Jena entgegen. Die Versammlung war von rund 1000 Genossen besucht. Es referierte Genosse Dunder und Reichstagsabgeordneter Dillendrand. Folgende beide Resolutionen gelangten mit sehr harter Mehrheit gegen etwa 150 Stimmen zur Annahme:

1. Die Parteiverammlung dankt der Genossin Dunder für die energische Vertretung der Interessen der Stuttgarter Parteigenossen. Sie verurteilt entschieden, daß die anderen Delegierten des Stuttgarter Wahlkreises diesen Interessen orientiert entgegen gehandelt haben.

2. Die Parteiverammlung beauftragt, daß der Landesvorstand entgegen dem Beschluß des Parteitages die Maßregelung der Redakteure Weimeyer und Rühle vorgenommen und die Neueinsetzung der Redaktion in die Wege geleitet hat, bevor die Prekominmission für Konfliktualitäten können und bevor dem Parteivorstand ein vermittelndes Eingreifen möglich war. Die Parteiverammlung beurteilt aus schärfste die gegen Rühle ausgesprochene der Schwabinger Tagwacht gegen die Mehrheit der Stuttgarter Parteigenossen sowie die systematische einseitige Information der Parteigenossen über Parteianglegenheiten.

Auszug vor der Versammlung hatte der Chefredakteur Reil in der Tagwacht noch einen Artikel veröffentlicht, der sich sehr unfavourable gegen die Genossin Dunder wandte. In der Versammlung fand dieser Angriff energische Zurückweisung. In dem Artikel war aber auch dem Parteivorstand, der beauftragt auf Beschluß des Parteitages eingetreten, ein Fußtritt bezeugt worden. Es hieß da:

Die müttelbergische Landesorganisation, die zu allen Zeiten im Rahmen der Gesamtpartei ihre Aufgaben treu erfüllt hat, die im letzten Jahr überraschend große Fortschritte gemacht hat, verdient nicht, vor der ganzen Welt herabgesetzt zu werden. Sie wird auch keinen Flecker anerkennen, der sie anweist, „im Sinne und Geiste der Gesamtpartei“ zu wirken. Sie kann in höherem Grade für sich in Anspruch nehmen, mit dem Sinne und Geiste der Gesamtpartei übereinzustimmen, wie diejenigen, die als ihre Anhänger auftreten.

Die Verhöhnung des Parteivorstandes als „Pfeiler“ und Normung ist eine direkte Auflehnung gegen den Willen des Parteitages.

Befolgungen der Presse.

Der „Verantwortliche“ der Stuttgarter Tribune, Genosse Kötter, wurde wegen angeblicher „Beleidigung“ eines Mannes verurteilt, der auf dem Stuttgarter Bahnhofs Streikbrecher in Empfang nahm und sie vor Verhaftung mit Streikposten hütete. Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen Gefängnis und wüßte, daß die Verurteilung der anderen Redakteure dem unehrlichen Angeklagten erheblichen Schaden würden. Das Gericht verurteilte Kötter zu drei Wochen Gefängnis.

Gelbe Ehrenrettung. Der „verantwortliche“ Redakteur der Augsburgener Volkszeitung erhielt drei Mark Geldstrafe, weil er einen Wahlvorsitzenden von einem gelben Arbeiter, auf dessen ausdrücklichen Wunsch über die Stimmzettel, aus dem gelben Stumpf der Wahlenfabrik, auf daß die rote Blut feige“, quittierte hatte. Ein Vorstandsmittglied des gelben Vereins stimmte deshalb „Beleidigungsfrage“ mit dem erwähnten Erfolg an.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung im niederschlesischen Bergbau.

Die Bergarbeiter des Waldenburger Reviers haben durch die Arbeiterschlüsse den einzelnen Gruben die Forderung auf eine Prozentige Lohnerhöhung zugehen lassen. Sie begründen ihre Eingaben mit dem Hinweis auf die von Tag zu Tag drückender werdende Leuzung und weisen ferner darauf hin, daß die Löhne seit Anfang 1908 merklich herabgegangen sind und jetzt noch 11 bis 13 Pf. pro Schicht niedriger sind als Ende 1907. Eine Lohnerhöhung von 15 Prozent wäre ein immer noch mäßiger Ausgleich gegenüber der Lohnhöhe und Lebensmittelpreisen zu Ende des Jahres 1907. Eine weitere Forderung geht dahin, den Lohnzuschlag für alle Kategorien der Grubenarbeiter um 1,50 Mark pro Woche zu erhöhen.

Auf diese durch die Arbeiterschlüsse eingereichten Forderungen haben die Werksleitungen noch keine offiziellen Antworten erteilt. Durch die von den Gruben abgängigen bürgerlichen Blätter geht die Nachricht, daß die Direktion nicht geneigt sei, Lohnforderungen zu gewähren. Angewiesen haben einzelne Grubenverwaltungen größere Mengen der wichtigsten Lebensmittel angekauft und wollen sie nun zu Preisen, die niedriger sind als die Marktpreise, an die Arbeiter verkaufen. Das entspricht den Wünschen der Arbeiter keineswegs, sie würden dadurch in noch höherem Grade an die Unternehmer gefesselt. Mit solchen Lebensmittellieferungen fangen in der Regel die Gründungen von Grubenverwaltungen an, die im Waldenburger-Revierrevier der Grubenmagnat Büschlich zuerst ins Leben gerufen hat. Daß solche Unternehmungen den Arbeitern nur scheinbare Wohlthaten einschließen, den Unternehmern aber neue Gewinnquellen darstellen, ist genügend bekannt. Und daß es sich bei dieser angeblichen Hilfsaktion der Unternehmer um eine ähnliche Entwicklung der Dinge handeln könnte, das befürchten auch diesmal die niederschlesischen Bergleute.

Sunlicht

Seife

10 & 25 Pfenning



**Seidenstoffe, Spitzen, Bänder,
Weisse, farbige Gewänder,
Jeden Schleier, jede Schleife,
Reinigt mir die Sunlicht Seife!**

P-A-to!

Grosse Ulrichstrasse.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband, Verwalt. Wittenberg.

Dienstag den 26. September 1911 abends 8 Uhr
in Freudenbergs Saal:

Sichtbildervortrag

über: **Metallverarbeitung und Arbeiterschutz in der Metall-Industrie.**

Vertraggeber: **Kolleg. Ges. Unterbach, Stuttgart.**

Alle in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter, Werkmeister und technische Angestellte sowie die Herren Arbeitgeber sind hierzu freundlich eingeladen. — Eintrittspreis im Vorverkauf bei den Untertafelherren 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

P-A-to!

Grosse Ulrichstrasse.

Walhalla-Theater

Letzte Woche!

Gastspiel Segommer.

Ab heute auf Wunsch: **Becker** als Fliegenfänger-Holzhirn.

Stadt-Theater

in Halle a. S.

Direktion: **Ges. Hofrat M. Hübner.**

Dienstag den 26. Septbr. 1911

18. Abonn.-Vorstellung, 2. Viertel.

Zar und Zimmermann.

Stomische Oper in drei Akten

von Albert Lortzing.

Stofföffn. 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Mittwoch den 27. Septbr. 1911

Nachmittags 3 Uhr:

Schüler-Vorstellung zu

ganz kleinen Preisen.

Maria Stuart.

Tragödie in 5 Akten

von Friedrich Schiller.

Abends 8 Uhr:

19. Abonn.-Vorstellung, 3. Viertel.

Das Rheingold.

Vorabend zur Trilogie „Der Ring

des Nibelungen“ von R. Wagner.

Unter der täglichen Kontrolle des

bedeutendsten Gerichtschemikers Dr.

Ad. Langfurth Altona, hergestellt

Pflanzenbutter-

Eigeln-Margarine

„Frischer Mohr“ als Bratbutter

€ 67 Pf.

Pflanzenbutter-

Särrahm-Margarine

„Luisa“ als feine Tischbutter

€ 62 Pf.

Vollfetter Margarine-Käse

„Immo“ als Beistück zu braten

€ 46 Pf.

alles in Postkolli à 9x1 € franko

jeden Postort Deutschlands. Nach

Wahl von allen 3 Sorten gemischte

Kolli, Nachnahme oder monatliche

Abrechnung. Nichtgefallendes

nehmen unfrankiert zurück.

Altonaer Margarine-Werke

MOHR & Co., G. m. b. H.

Altona - Ottensen.

Refabrikat v. Hal. Genossenschaft-Buchdr.



Tisch-Lampen

Unsere Lampen brennen vorzüglich und haben
elegantes Aussehen.

Extra gute Brenner. — Moderne Füsse.

C. F. Ritter,

Leipzigstrasse 90.

Halle a. S.

Leipzigstrasse 90.

Bekanntmachung.

Infolge einer Polizei-Verordnung darf der Wasser-
abschlag wieder nicht stattfinden und kann der avisierte
Fischverkauf leider noch nicht stattfinden. Bestimmter
Termin wird noch bekannt gegeben.

Fischermeister Kupper.

Immag-
balber
mit Matratzen billig zu ver-
taufen
Schwetschkestr. 4, I.

Post- und Packkisten
hat billig abzugeben
Krahe 19, Hof L. Keller.

Kartoffeln,

unfortierte Up to date, zu
Speise, Saats u. Futterzwecken,
Donnerstag eintreffend, desgleich.

Winterkartoffeln,

in div. gut anprobirten Quali-
täten, offeriert billigst
R. Goedicke, Markt-
straße 24.
Fernruf 2802.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Keller.**

Nur noch 6 Tage!

Liliput

„Das Reich der Zwerge“.

Mittwoch d. 27. Septbr. nachm. 4 Uhr:

6r. Extra-Vorstellung.

Auftreten der

Liliputaner

mit einem ebenso gewählten

Programm.

u. a.: Die Märchenphantasie

„Aschenbrödel“.

Sonntag-Nachmittags-Preis.

Loofah-

Schwämme, Keksabreher u.

Seifenstücke billigst bei

C. F. Ritter,

Leipzigstrasse 90.

Geröstete Kaffees

von 30/1 1.40 bis 30/1 2.-

empfehlen in vorzüglichen

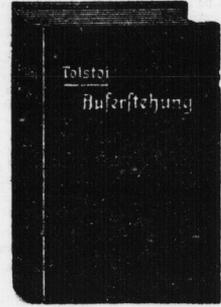
Sorten. Preisfrage 1 und

Carl Boock, Leipzigstr. 61/62.

Unsere Roman-Bibliothek.



Das beste, was die bedeutendsten Dichter
und Schriftsteller der Völker an erzählender
Literatur hervorgebracht haben, wird in diese
Bibliothek aufgenommen und in eleganter
Ausstattung zu ganz besonders billigen
Preisen verabfolgt.



Bisher sind folgende 17 Bände erschienen:

Allen Ansprüchen, die man an gute Romane stellen kann,
genügen diese Bände in jeder Beziehung: Fesselnde Erzählung,
lebenswahre Darstellung, schöne, formvollendete Sprache. Teils
in humorvoller, teils in erarster und ergreifender Schilderung
werden dem Leser die interessantesten Vorgänge aus Vergangenheit
und Gegenwart vor Augen geführt; nie in belehren wollen-
den Töne, sondern stets in angenehmer, packender, dramatisch
belebter Erzählung, ob es sich um die Darstellung gegenwärtiger
Verhältnisse, wie bei Zolas Germinal, Tolstojs Auferstehung,
Holtz's Vagabunden, Björnsons Auf Gottes Wegen oder um Dinge
langst vergangener Zeit handelt, wie sie in Quo vadis, in Ben

- Der Roland von Berlin von Alexis . . . 546 Seiten
- Auf Gottes Wegen von Björnson . . . 394
- Friedemann Bach von Brachvogel . . . 590
- Die letzten Tage von Pompeji v. Bulwer 454
- Promont jun. und Rialer sen., ein Paris.
- Sittenbild Tartarias Abenteuer. Roma
- Reisenoten in einem Bande von Daudet 534
- Oliver Twist von Dickens 576
- David Alroy v. Disraeli (Lord Beaconsfield) 266
- Die drei Musketiere von Dumas 644
- Im Schloss zu Heidelberg von Hartner 372
- Die Vagabunden von Holtz 618
- Ivanhoe von Scott 489
- Quo vadis von Sienkiewicz 526
- Auferstehung von Tolstoi 642
- Abenteuer Tom Sawyers . Abenteuer
- Huckleberry Finns in einem Bande
- von Twain 534
- Ben Hur von Wallace 574
- Fabiola von Wiseman 382
- Germinal von Zola 490

Hur und anderen veranschaulicht werden, ob wissenschaftliche For-
schungen der Gegenstand des Romans sind, wie in Wiseman
Fabiola, oder ob lustige Jungerstreichere zum besten gegeben
werden, wie in dem Mark Twain'schen Band,

**interessant,
unterhaltsam
und lehrreich**

:: sind alle diese 17 Bände. ::

Die beste Beschäftigung in den Mußestunden ist
die Lektüre eines guten Buches.

Es bietet sich hier wieder eine Gelegenheit, sich
für wenig Geld eine wertvolle Hausbibliothek
zuzulegen.

Wir hoffen, dass alle unsere Leser die Gelegen-
heit benutzen und von dem Abonnement Gebrauch
machen. Der nebenstehende Bestellschein ist aus-
zufüllen und entweder dem Boten mitzugeben oder
direkt einzusenden.

Mit Gruss

Volksbuchhandlung, Halle a. S.,

Harz 42/43.

90 Pfg. für ein geheftetes
Buch

1 Mark 40 Pfg. für das elegant in Leinen
gebundene Buch

mit echter Goldprägung.

Um den weitesten Kreisen die Anschaffung
dieser wertvollen Hausbibliothek zu ermög-
lichen, eröffnen wir ein Abonnement und
:: liefern aller 14 Tage einen

Leinenband zum Preise von Mk. 1.40

bezw. einen

gehefteten Band zum Preise von 90 Pf.

frei ins Haus.

Bestellschein für Abonnenten.

An die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42-43.

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf die

Meistererzähler der Weltliteratur

und wünscht aller 14 Tage die Zusendung eines Bandes

in Ganzleinen gebunden für Mk. 1.40

geheftet für 90 Pfg.

Nichtgewünschtes
ist zu
durchstreichen.

Name: _____

Stand: _____

Ort: _____

Strasse: _____

Wenn ledig, bei wem? _____

Bitte recht deutlich schreiben!

Der Mainzer Gültlichkeitsprozeß.

In dem seit Dienstag in Mainz geführten Prozeß, in dessen Mittelpunkt die Polizeiaffizentin Frau Dr. Schapiro steht, wurde Freitag mittag die Beweisaufnahme beendet. Die Verhandlungen der vier Tage ergaben die völlige Unfähigkeit der Behauptungen, Frau Dr. Schapiro habe, als Kellerin, als Fleischerbude und in anderen Pastetenbuden vertrieben, umhergezogen, und schließlich in Mainz, Singen wurde in einer Reihe von Fällen erwischt, die keineswegs gewerkschaftsmäßig Unzucht trieben, auf Denunziationen hin wegen unschuldiger Liebesleiden oder wegen Verkehres mit Prostituierten vor die Polizeiaffizentin geladen und dort — allerdings unter ihrer Zustimmung — einer gründlichen Untersuchung ihrer geschlechtlichen Unbefolgsamkeit unterworfen sind. Verdrähte Gültlichkeitskennzeichen sind empörend und durch das Gesetz nicht gerechtfertigt. Sie sind Folgen des Systems der Polizeikontrolle überhaupt, deren Befestigung dringend erforderlich ist. Die Polizeiaffizentin selbst scheint in seinem dieser Fälle selbständig vorgegangen zu sein, sondern nur als ausführende Organ ihrer Vorgesetzten behandelt zu haben. Die zwanzeiwöchige Gefängnisstrafe der Mädchen unter der beweislosen Behauptung, sie trieben gewerkschaftsmäßig Unzucht, wird mit Recht — mögen Denunziationen nach der Richtung hin auch vorliegen — als eine der größten und unbilligsten Verleumdungen gegen unschuldige Mädchen empfunden. Die Mainzer Polizei hätte sich vor solcher Verleumdung um so mehr zu hüten, als unter ihren Augen in Mainz Vorhellen bestanden, also Voreinstellung getrieben wird. Durchaus unrichtig hätte der Angeklagte, als er wegen Drangsalierung der Vorhellen der Polizeiaffizentin Vorwürfe machte. Nicht ein zu rigoroses, sondern ein zu lazes Vorgehen gegen die Vorhellen fällt der Polizei zur Last. Der Polizeiaffizentin aber kommt das Verdienst zu, innerhalb des durch ihre Vorgesetzten ihr zugewiesenen Rahmens wenigstens in etwas das Los der in den Vorhellen ausgeübten Opfer gemildert zu haben. Ihr Verbleib erhebt aus folgenden Gründen:

Vor dem Eintritt der Frau Dr. Schapiro in den Polizeidienst hatte jedes Vorhellenmädchen in Mainz von ihrer Polizeiaffizentin Einnahme von vornherein die Hälfte an ihre Wirtin zu zahlen, ohne dafür auch nur die geringste Gegenleistung zu erhalten. Alsbald zahlte sie für Kost und Logis jeden Tag 5 M., ferner wöchentlich für Kranenklasse 2 M., Bedienung 2 M., Arzt 2 M., für Heizung bis zu 10 M., für Wäsche monatlich bis zu 20 M., für Licht und Bergen bis zu 5 M., für Friseurin 5—6 M. Wiewohl dieser schamlosen Ausbeutung des Elends noch Lebensfuß vorhanden, so wurden die Mädchen meist gezwungen, alle ihre Gelder und Wertsachen bei ihrer Wirtin oder wenigstens durch ihre Vermittlerin zu legen, und zwar zu einem hohen Preise, das ein Mädchen, und wenn es jahrelang im Vorhellen blieb, selten einmal aus den Schulden herauskam. Gatten sie trotz alledem das Glück, etwas zu sparen, so wurde ihnen der Spargeiz noch brenzlicher. So wurde ein Mädchen, das nach mehrjährigem Aufenthalt in solchem Kuppelbude abreisen wollte und nach ihrer Berechnung etwa 3000 M. herauszubekommen hätte, von der Wirtin bedrängt, daß sie nur höchstens 30 M. auf der Bank setzen dürfe. Erst nachdem sie gebrocht hatte, die Gasse zur Wirtin zu bringen und nach langen Unterhandlungen zahlte ihr die Wirtin 1000 M. heraus, wobei das Mädchen aber unterschreiben mußte, daß sie nichts mehr zu fordern habe. Die Preise, die für die gefaßten Gegenstände in den Vorhellen berechnet wurden, waren außerordentlich hoch: Korsett 36 M., Salofasche 12—20 M., andere Schuhe 30 M., Kleider zu 100—200 M., Wäsche zu schwebelnd hohen Preisen. Güte zu 50—60 M. waren etwas Alltägliches.

Die Abänderungen, die das Polizeiamt auf Drängen der Frau Dr. Schapiro zugunsten der zu Ausbeuteten verhängte, waren folgende:

1. Die Kontobücher der Mädchen müssen jeden Spinnabend nachmittag auf das Polizeiamt zur Kontrolle gebracht werden. 2. Es muß jede Woche mit den Mädchen abgerechnet und das Guthaben den Mädchen in bar ausgehändigt werden. Der Empfang des Geldes ist durch Unterschrift zu bestätigen. 3. Es darf nichts an die Mädchen verkauft oder ihnen auch nur besorgt werden, seien es nun Kleider, Wäsche oder Gebrauchsgegenstände aller Art. 4. Es dürfen die Vorhellenbesitzer den Mädchen nichts „borgen“. Für Kost und Wohnung einschließlich Bedienung, Bettwäsche, Handtücher und Seierlein darf höchstens die Hälfte der Einnahme der Mädchen berechnet werden.

Gegen diese Einschränkungen in der Ausbeutung liefen die Vorhellenbesitzer Sturm. Sie behaupteten, sofort die Häuser verlassen zu müssen, da es nunmehr unmöglich sei, auch nur beten zu können. Sie verdrachten auf alle Art und Weise, die alten Verhältnisse wieder herzustellen, machten Eingaben an das Polizeiamt, an die Bürgermeisterei, und erst als sie sahen, daß alles zwecklos sei, fügten sie sich. Wertwidergerweise ist bis heute kein einziges Haus geschlossen worden. Das eine wurde sogar, trotz der Einschränkungen, vor kurzem für den Preis von 150 000 M. verkauft. Frau Dr. Schapiro verlorde auch, wie sie behauptet, nicht ohne teilweisen Erfolg, die Mädchen zum Sparen anzubahnen.

Das Verhalten der Bevölkerung der Lage der Vorhellenbesitzer gegen die Polizeiaffizentin lebhaft an den Behörden von Reuten zu, die ihr vorwarfen, sie wolle „die Vorhellen zu moralischen Anstalten“ machen. Von solcher Stimmung waren auch die zur Anlage gestellten Artikel erfüllt.

Nach Schluß der Beweisaufnahme versuchte der Verteidiger des Angeklagten, einen Vergleich durch folgenden Vorschlag herbeizuführen: „Der Angeklagte will in Frieden von dieser Seite scheiden. Er hat sich, das kann ich ohne weiteres erklären, durch die Beweisaufnahme überzeugt, daß er in den meisten Fällen falsch informiert war und daher keine Verurteilungen in Bezug auf die oben beschriebenen Verhältnisse nicht aufrecht erhalten kann. Er will deshalb die Erklärung abgeben, daß er in gutem Glauben an die Richtigkeit des ihm übertragene Materials gehandelt habe, die völlige Integrität der beiden Nebenkläger anerkenne und sämtliche Kosten übernehmen wolle. Es fragt sich, ob die Nebenkläger damit einverstanden sind.“ Die Nebenkläger lehnten jeden Vergleich ab.

Nach längerem Plaidoyer beantragte der Staatsanwalt die exorbitant hohe Strafe von einem Jahre wegen Ver-

leibung des Weigernden Verbot und von neun Monaten wegen der Verleumdungen der Frau Dr. Schapiro.

Zur allgemeinen Belehrung teilt dann der Vorsitzende Landgerichtspräsident mit, daß die Urteilsverurteilung auf den 26. September d. J. 3. 3/4 Uhr vormittags, ausgesetzt werde.

Gewerkschaftliches.

Zur Metallarbeiter-Ausperrung in Thüringen.

Die Verhandlungen im Ausperrungsgebiet haben dazu geführt, daß die beteiligten Arbeiter im Laufe der vergangenen Woche auf Grund der erzielten Vereinbarungen die allgemeine Aufnahme der Arbeit in Altenburg, Götting, Erfurt, Zeulenroda und in Saalfeld a. S. für eine Anzahl Betriebe beschlossen haben.

Die getroffenen Vereinbarungen ergeben für die oben benannten Orte Vertiefung der Arbeitszeit, Erhöhung der Zeitlöhne, geregelte Entschädigung für Leberzeitarbeit und Zulieferung, doch ungenügende Abfordrpreise ausgeführt werden sollen. In Altenburg ist die Arbeitszeit in fünf Betrieben von 57 auf 56 Stunden und in einem Betriebe von 56 1/2 auf 56 3/4 Stunden reduziert worden. Die Stundenlöhne wurden um 1 Pfennig pro Stunde erhöht. Die Entschädigung für die ersten zwei Leberstunden beträgt pro Stunde 10 Pf., und für alle weiteren Leberstunden 15 Pfennig.

In Götting ist die Arbeitszeit in einem Betriebe um 3 und in den anderen Betrieben um 4 Stunden pro Woche vermindert und beträgt jetzt 57 resp. 56 1/2 Stunden. Die Stundenlöhne sind um 3/4 Pfennig erhöht und die Entschädigung für Leberzeitarbeit ist auf 10 Pfennig pro Stunde festgelegt worden.

Die Vereinbarungen in Erfurt sind infolge der Verschiedenartigkeit der in Frage kommenden Produktionszweige nicht so einheitlich. Die Arbeitszeit ist in einer Anzahl Betrieben um 2 resp. 1 Stunde und in einem Betriebe um 1/2 Stunde pro Woche vermindert worden. Die Stundenlöhne sind mit Ausnahme der Kammerarbeiten in allen Betrieben erhöht, ebenso ist die Entschädigung für Leberstunden auf 10 Pfennig pro Stunde festgelegt.

In einer Anzahl Betrieben in Saalfeld a. S. und in Zeulenroda wurde die Arbeitsaufnahme durch Vereinbarungen ermöglicht, wodurch die Arbeitszeit vermindert, die Stundenlohn- und die Leberzeitentlohnung erhöht wurde.

Für die Orte Friedrichroda, Gera, Nattershausen, Raschütz und Saalfeld finden noch Verhandlungen statt. Die Ortsgruppe Gera des Verbandes Thüringer Metallindustrieller hatte sich bereit erklärt, die Arbeitszeit in den sieben Betrieben, worin sie noch mehr als 39 Stunden pro Woche beträgt, sofort auf 59 Stunden und am 1. Juli 1912 in allen Betrieben auf 58 Stunden zu reduzieren und alle Stundenlöhne sofort um einen Pfennig und am 1. Juli 1912 ebenfalls um einen Pfennig erhöhen zu wollen. Ferner legten die Arbeitgeber fest, daß ungenügende Abfordrpreise aufgehoben und alle Leberzeitarbeit mit 10 Pfennig pro Stunde entschädigt werden soll.

Die beteiligten Arbeiter lehnten, nachdem die vielen Verhandlungen keine weiteren Zugeständnisse der Unternehmer erbracht hatten, in ihrer Versammlung am Sonnabend, den 23. September, fast einstimmig ab, die Arbeit mit 59 Stunden pro Woche und der zugehörigen Lohnreduzierung aufzunehmen und erklärten sich dazu bereit, wenn die Arbeitszeit sofort auf 58 Stunden und am 1. Juli 1912 auf 57 Stunden pro Woche festgelegt wird und die Stundenlöhne jetzt um 2 Pfennig und am 1. Juli 1912 um 2 Pfennig erhöht werden.

Die Ortsgruppe der Unternehmer hat die Verhandlungen sofort abgebrochen, wie sie den obigen Vorschlag zur Kenntnis bekam, weil der Verband Thüringer Metallindustrieller ihr nicht gestattet, über den Vorschlag zu verhandeln. Aus dem Grunde werden noch Wochen vergehen, bevor eine Verständigung in Gera erzielt werden kann. Der Verband Thüringer Metallindustrieller treibt ein skabioses Spiel. Er drohte auch in der Verhandlung in Gera wieder mit der neuen Ausperrung und einer Aktion des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.

Die Verhandlung über die Vereinbarungen zur Aufnahme der Arbeit in Schönerhausen, Schöneberg, Friedrichroda und der Betriebe in Saalfeld wird durch das Verhalten des Verbandes Thüringer Metallindustrieller verzögert. Trotzdem wird in den nächsten Tagen, auch in den letzten Orten berührt werden, zur Einigung zu kommen.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die Lithographen und Steinrunder und das Dispersional in den Münchener Lithographen- und Steinrunderbetrieben und Kunstanstalten hielten am 22. September eine wichtige Massenversammlung ab. Die Teilnehmer hatten den Arbeitern als Antwort auf die eingereichten Forderungen lebhaft geantwortet, daß die Forderungen der Zentrale des Schuberbandes in Berlin übernommen werden. Die Arbeiter betradeten dies als ein Versöhnungsangebot und beschlossen nach einem Heftigen das Hauptverhandeln in Berlin, am 23. September zu kündigen. Dies hat bereits erfolgt. Es kommen etwa 1200 Arbeiter, Lithographen, Steinrunder und Dispersarbeiter, in Frage. Am gleichen Tage fand eine Versammlung in Nürnberg statt. Dort beschloßen die Arbeiter der graphischen Gewerbe ebenfalls einstimmig, die Kündigung einzureichen.

Die Aufhebung des Vorklotts über die Plangelegenheiten von den zuständigen Instanzen beschlossen werden, da die Differenzen beigelegt sind. Der Brauereis- und Mühlenarbeiterverband hat eine Einigung mit der Direktion erzielt und daher den Streik aufgehoben. Die angeordnete Ausperrung der Schuhmacher in Bernau bei Berlin unterbleibt, da es gelungen ist, eine Einigung zwischen den Fabrikanten und dem Schuhmacherverband zu erzielen.

Kündigung.

Gera. Für Parteimeße. 8. Ditttrich, Kändler (Stadt) 31,88; 17. Ditttrich, Kändler (Stadt) 49,41; 17. Ditttrich, Kändler (Land) 14.—; 10. Ditttrich (Stadt) 10,25; Versammlungs-Einnahme in Könnern 13,70 M. Weimard.

Aus den Nachbarkreisen.

Sozialdemokratische Sanbagnation.

II.

Die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle das Privateigentum abschaffen, weil sie den Landeluten nicht einmal ein eigenes Häuschen, oder einen einzigen Morgen Land, oder ein Stück Garten, oder eine Kuh, ein Schwein oder eine Ziege gönne, haben wir im ersten Artikel als das abgelehnt, was in Wirklichkeit ist: eine aus den Fingern gelogene Schwändelei. Auf derselben Höhe wird wieder einmal behauptet, die übrigen Anschuldigungen des Reichsverbandes artikel im Schwändelei-Kreisblatt; sie sind darauf berechnet, die ländliche Bevölkerung vor der Sozialdemokratie greiflich zu machen. In auch die ländlichen Arbeiter abzuführen, wird das 2. M. ausgeführt:

„Aber auch die Arbeiter werden von den Sozialdemokraten (schändlich) hintergangen. Im schönen Worte sind die Sozialdemokraten zwar nicht verlogen. So nennen sie sich mit Vorliebe die Arbeiterpartei. Wenn man aber näher zuhört, was sie denn eigentlich zum Besten der Arbeiter getan haben, so kommt wenig oder nichts heraus. Als Kaiser Wilhelm I. am 17. November 1881 in seiner großen Volkshalle verkündete, daß er den Hüllosen und Schwachen beistehen wolle, da hätte eine Partei, die wirklich das Interesse der Arbeiter und nur dieses Interesse nachzudenken wollte, freudig zugestimmt und sich in den Dienst dieser guten Sache stellen müssen. Was aber taten die Sozialdemokraten? Ihre Abgeordneten stimmten gegen das Kranken- und Unfallversicherungsgezet, gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz und gegen alle die demselben Gesetze, die im Laufe der Jahre den Arbeitern zum Segen geschaffen sind! Das ist die Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie!“

Auch diese Darlegungen zeigen, daß der Artikelsschreiber die Intelligenz der ländlichen Bevölkerung sehr gering einschätzt, insbesondere scheint er anzunehmen, die Landbevölkerung hätte ein kurzes Gedächtnis. Wir möchten, mit seinen Behauptungen auf sich halt. Auf seine Schwändeleien, wie beispielsweise, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter schändlich hintergehe und daß sie für die Arbeiter weiter nichts übrig habe als schöne Worte, gehen wir nicht näher ein; jebermann, der sich auch nur einigermaßen sein gelobtes Denkmärdchen erhalten hat, weiß, daß die Sozialdemokratie im Gegenteil die Arbeiter in sozialpolitischen Gebieten ist, daß sie den bürgerlichen Parteien unmaßmäßig das Gewissen schlägt und hierauf den Bollen schlägt, wo es gilt, die Interessen des arbeitenden Volkes nachzudenken. Das hat kein anderer als Herr Bismarck, dem man doch wohlhaftig seine Liebe zu den Sozialdemokraten vorwerfen kann, selbst einmal im Reichstag unumwunden anerkannt, als er erklärte, daß, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre und sich die bürgerlichen Parteien nicht vor ihnen fürchten, selbst die geringen Fortschritte auf sozialpolitischen Gebieten noch nicht erzielt wären, die wir zu verzeichnen hätten. Wenn also selbst ein Bismarck zugestanden hat, daß die Sozialdemokratie loslagern mit der Befähigung der bürgerlichen Parteien nicht um sie voranzutreiben, so könnte man so etliche Gesinnungsfest des Reichsblattartikelsschreibers auf sich berufen lassen, indem man sich sagte: Man vernein gehört eben zum Handwerk, auch zum Handwerk eines Reichsverbandes-Schreibers. Darüber hinaus wollen wir aber noch die Tatsachen sprechen lassen.

Warum, so fragen wir zunächst, wurde 1883 überhaupt das Krankenversicherungsgezet eingeführt? Antwort: Weil bis dahin die Kranken- und Armenalien der Gemeinden infolge der Entwicklung der kapitalistischen Großbetriebe ungeheuer gestiegen waren und die Gemeinden außerordentlich stark belastet. Dazu kam noch als weiteres Grund: man hätte die Arbeiterversicherung vor den Einfüssen der sozialdemokratischen Propaganda bewahren zu können, indem man sie sichtbar in der Gestalt der Krankenversicherung vor Augen zu führen suchte, wie teilnahmewillig doch der Staat für die geschundenen Opfer des Kapitals zu sorgen bereit sei, derselbe Staat, der auf der andern Seite mit einem schändlichen Ausmaßesgehe die Arbeiterbevölkerung politisch und wirtschaftlich knebelte. In der einen Hand das Zuberbot der Krankenversicherung und in der andern Hand die schwere Belastung des Sozialhaushaltes — das war das Rezept, nach dem damals die Arbeiterpartei agierte.“

Die Arbeiterpartei regert“ wurde. Die Sozialdemokratie diese Politik der Regierung durchzuführen und es ist nachdrücklich nicht schwer, das zu erkennen —, arbeitete sie im Reichstag mit Aufbietung all ihrer Kräfte, um dieses Krankenversicherungsgezet möglichst günstig für die Arbeiter in Stadt und Land zu gestalten. Allein ihre eifrigen Bemühungen waren ohne Erfolg, weil die bürgerlichen Reichsparteien des Reichstages nicht von einer wirklich leistungsfähigen und umfangreichen Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit und Not wissen wollten. Privat himmelte sie selbst die beschwerlichen Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten nieder. Und gerade gegenüber den Verdrüben, die ländlichen Arbeiter gegen die Sozialdemokratie aufzubringen, muß festgestellt werden, daß die von untern Vertretern beantragte Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Versicherungsspflicht abgelehnt wurde, und zwar von denselben Leuten, die heute um die Gunst der ländlichen Arbeiter kämpfen. Diese Tatsache verdient immer wieder festgehalten zu werden, weil von den Reichsblättern und anderen Schriftstücken die Sozialdemokratie als die Feindin der ländlichen Arbeiter hingestellt wird. Nein, umgekehrt liegen die Dinge. Mit Zähnen und Klauen wehrten sich die Bauer und Großbauern im Reichstag gegen die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in das Krankenversicherungsgezet. Diese feinen Herren, die stets gemöhnt sind, von der Arbeit an der zu leben, gönnten also dem Landarbeiter in Krankheitsfällen keine freie ärztliche Behandlung und Medizin, kein Krankenlohn, keine Wächterinnenunterstützung usw. Und als dann schließlich über das ganze, von Konserbativen, Nationalliberalen und dem Zentrum verbürgte und verschärfte Gesetz abgestimmt wurde, da haben insgesamt 99 Abgeordnete die Stimme abgegeben. Die Sozialdemokraten lehnten das Gesetz ebenfalls ab, aber nicht wie die bürgerlichen Abgeordneten, weil es zu wenig, sondern weil es ihnen zu schlecht erschien. Die Konserbativen waren überhaupt nur unter der Bedingung für das Gesetz zu gewinnen gewesen, daß die ländlichen Arbeiter von ihm ausgeschlossen blieben.

Ähnlich liegen die Dinge bei den andern Versicherungen, gegen, beim Invaliden- und beim Unfallgezet. Auch hier

10 Proz. gemindert wurde. Bei der Beurteilung des Grades der Erwerbsfähigkeit ist bei der Ermittlung des Militärdienstes ausgiebig Bezug zu berücksichtigen. Bei der Beurteilung können besondere Berufsaussichten, so erfolgt die Beurteilung nach der allgemeinen Erwerbsfähigkeit. Bei den zu einer Lösung eingegangenen Referenzen ist ebenfalls vorher ausgiebige Bezug zu berücksichtigen, wenn Erwerbsfähigkeit infolge Dienstbeschädigung eintritt.

Als Dienstbeschädigungen gelten Gesundheitsstörungen, die infolge einer Dienstverletzung oder durch Unfall während der Ausübung des Dienstes eingetreten sind, durch die dem Militärdienst eigentümliche Anforderungen nicht mehr bewältigt werden können. Es ist also bei der Beurteilung nicht erforderlich, daß die Dienstbeschädigung auf einen Unfall zurückzuführen ist. Die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse, wie Witterungseinflüsse (große Hitze oder Kälte, Durchnässeungen usw.) können Krankheitszustände erzeugen, die zu Dienstbeschädigungen werden (Dyslipid, Lungenerkrankungen). Auch Dienstbeschädigungen durch außergewöhnliche Anstrengungen und die durch Misshandlung entstandene Begründung des Anspruch auf Militärentgelt, wenn die Erwerbsfähigkeit dadurch um mindestens 10 Prozent beeinträchtigt wird. Für vorläufig herbeigeführte Gesundheitsstörungen gibt es natürlich keine Rente; dagegen sind auch solche Gesundheitsstörungen, die auf große Fahrlässigkeit zurückzuführen sind, als Dienstbeschädigung anzusehen. Selbstmordverbrechen sind nicht als Dienstbeschädigung anzusehen, doch der Selbstmordverbrechen begangenen wurde in einem dem freien Willensbestimmung ausstehenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit.

Die Höhe der Militärentgelt beträgt jährlich bei völliger Erwerbsunfähigkeit (Wohlrente): Jahresbezug 900 M.; Ergänzende 720 M.; Untererstützung 600 M.; Gemeine 540 M. Bei der Vollrente wird also auf den Bezug keine Rücksicht genommen, sondern nur bei Teilrenten. Bei höherer Gesundheitsförderung durch Dienstbeschädigung besteht unter Umständen neben dem Anspruch auf Rente ein Anspruch auf Bezugszulage.

Die oben erwähnte Bestimmungsgrundlage befragt bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich je 27 M. und bei Verlust oder Erbblindung beider Augen monatlich je 64 M. Je 27 M. und je 64 M. in vorliegendem Absatz bedeutet, daß die Bestimmungsgrundlage auch mehrfach gefordert werden kann. Verlust einer Hand und der Sprache, so hat er neben der Rente dreimal 27 M. Bestimmungsgrundlage pro Monat zu bekommen (Hand, Fuß, Sprache). Bei vorgenannten Unfällen ist neben der Bezugszulage Anspruch auf die Bestimmungsgrundlage vorzuzusetzen, daß er Anspruch auf Rente (Voll- oder Teilrente) hat. Eine Bestimmungsgrundlage kann ferner noch bewilligt werden bei anderen schweren Gesundheitsstörungen.

Nach einer Entschädigung.

Der vor zwei Jahren in der dritten Abteilung zum Stadtparlament gewählte Mittelschullehrer Sommer ist zum Rektor der Volksschule in der Taubertstraße gewählt worden. Da Herr Sommer somit in den Volksschulbereich übertritt und Volksschullehrer nicht Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sein dürfen, ist der Reichstag am 2. August 1907 Sommer, dessen Wahlzeit bis Ende März 1908 beträgt, eine Ersatzwahl hat zu bestimmen. Die Wähler der dritten Abteilung haben also bei den nächsten vier stattfindenden Wahlen schon Stadtverordnete zu wählen. Um diesen Kampf mit einem glänzenden Siege abzuschließen, muß jeder Genosse tatkräftig mitarbeiten, wo sich nur Gelegenheit dazu bietet.

Die beschlossene Jugendpflege soll jetzt von der Stadt Halle mit Macht praktisch in die Hand genommen werden. Aus dem Mitteln der Verflechtungsmittlung soll im Süden der Stadt ein Jugendheim im und auf der Weichstraße, im Norden ein Spielplatz eingerichtet werden. Die Vorarbeiten des Bauplanes, das in dem Hause Burgstraße 46 das Jugendheim seinen Platz finden soll, ist vom Magistrat abgelehnt. In das Grundstück an der Burgstraße soll die hiesige Frauenhilfe verlegt werden, und bei der erstehenden Jugendheim soll man, um die Arbeiterjugend leichter einlangen zu lassen, zu können, im Süden der Stadt ein Grundstück kaufen. Kennzeichnend für diese Jugendpflege ist die Vorschrift des Lehramts, daß die Mittel nach evangelischen Grundsätzen verwendet werden sollen. In der Ausführung der angestrebten Arbeiterjugend ist das Ziel, sollte auch heute Abend im Stadtverordnetenversammlung dem ebenen Plane zustimmen, so wird es halt doch darauf ankommen, wie sich die Arbeiterjugend zu dieser Pflege stellt. Sie wird sich wahrscheinlich mit aller Macht gegen diese neue Einrichtung wenden, wie sie bisher gegen die evangelischen Sängervereine gewandt hat.

Die Delegierten der Bauarbeiter-Kommision werden erühd, zu der am Mittwoch, den 27. September, abends 9 1/2 Uhr im Lokal zur goldenen Kette, Alter Markt, stattfindenden Sitzung pünktlich erscheinen zu wollen. Der Obmann.

Die Beschwerden über das schnelle Fahrten der Dampfboote auf der Saale haben auch in einer Unterabteilung gegen den Vorsitzenden eines Halleischen Rudervereins zur Verhandlung. Seit etwa zwei Jahren bedienen sich die Halleischen Rudervereine zur besseren Leitung ihrer Trainings der Motorboote. Diese Boote haben mehrfach Anlauf zu Beschwerden der Gorbalemeister, Fahrer und Ruderer verursacht, wobei durch den hohen Wellenschlag der Boote Gefahren verursacht wurden. Die Strombauverwaltung hat gegen die Führer der Boote öfter Strafvorfahrungen erlassen, die aber von den Gerichten wiederholt aufgehoben wurden, weil die Strafbestimmungen zu allgemein gehalten und nicht völlig klar waren. Neuerdings hat wieder ein Vorsitzender eines Rudervereins ein Strafmandat erhalten, weil durch das Fahren und den dadurch bewirkten sehr hohen Wellenschlag die Ufer der Saale beschädigt worden wären. Das Schöffengericht hat aber wiederum zur Freisprechung, wenn dem Angeklagten nicht festgestellt werden könne, ob eine Beschädigung des Ufers geschehen sei. Ferner sei in der fraglichen Strafverurteilung nur von „Dampfmaschinen“ die Rede und es sei nicht klar, ob ein Dampfboot als ein Dampfboot angesehen werden könne. Gegen das Urteil wurde heute der Antrag gestellt, der Strafmandat Berufung einzulegen. Der Strombauverwalter sagte aus, daß in den letzten zwei Jahren, seitdem die Motorboote fahren, an den Ufern der Saale mehrfach Beschädigungen vorgekommen seien und Reparaturen notwendig geworden sind. Die hohen Wellen hätten die Ufer zerstört. Die Strafmandat bestätigte aber das freisprechende Schöffengerichtsurteil, da es nicht möglich sei, im Einzelfalle eine Uferbeschädigung festzustellen.

Randaustausch mit der Universitätsverwaltung. Die medizinischen Institute der Universität, insbesondere die Universitätskassen, bedürfen der Ausbesserung. Dazu erfordern

die Gebäude steht der Unversität an der Magdeburgerstraße gegenüber. Der Obmann der Universität hat die Kaufpreise für den Verkauf, falls der Unversität sein auszuweisen der Erlas geboten wird, muß damit gerechnet werden, daß dieses zuzugli mit Promotenanfragen und Mietspiegelanlagen verfahren eingeleitet. In kurzer Zeit wird ein Kaufvertrag vom 1. Januar 1908 hat die Unversität für die Mietspiegelanlagen abzugeben. Mietspiegelanlagen sind, den Mietspiegelanlagen mit gärtnerischen Anlagen zu versehen und mit Wegen für den Verkehr zu versehen. Das Abkommen hat die Unversitätsbehörde genehmigt.

Edon seit Jahren ist der Magistrat bemüht gewesen, durch Austauschverhandlungen zu erreichen, daß die eigene für die Gesundheit der Bevölkerung und für das Ansehen dieses Stadtteils als ein wichtiger Faktor in dem Sinne der zu behaupten Stadt der Gemeinde erhalten bleibt. Bisher sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, weil das, was die Stadt als Erlas der Unversität anbot, für die eigene nicht geeignet schien oder aus anderen Gründen nicht genehmigt. Zuletzt wurde im Jahre 1906 der Grund und Boden der hiesigen Gasanstaltsgrundstücke an der Krutzenstraße von der Stadt zum Verkauf angeboten. Das Grundstück wurde auch von der Unversität seiner Lage nach als geeignetes Kaufobjekt bezeichnet, das Zielsetzung war, es aber als unzulänglich angesehen und diese Ansicht wurde von den beteiligten Ministern bestätigt. Später wurden Osthafen einer angesehenen Halleischer Kaufmanns unter den Wert des sogenannten Eisangrundstücks einerseits und des Gasanstaltsgrundstücks andererseits eingeleitet. Die Verhandlungen kamen zum Ergebnis, daß das Eisangrundstück trotz seines bedeutend geringeren Flächenumfanges mit Rücksicht auf seine vorzügliche Lage für wertvoller zu halten sei, als das weit größere Gasanstaltsgrundstück.

Dieser Sachlage hat der Magistrat sich nach Änderung und Bestimmung der Baubesetzung entschlossen, der Unversität nunmehr das ganze Gasanstaltsgrundstück als Kaufobjekt anzubieten.

Bereits gelegentlich des Ankaufs eines Teils des Gasanstaltsgrundstücks im Jahre 1907 war die Frage der Gesamtheit der Gasanstalt II für den Betrieb der hiesigen Gaswerke von dem zuständigen Kuratorium geprüft und beschieden worden. Auch jetzt hat sich das Kuratorium mit der Aufgabe der Gasanstalt II eingehend beschäftigt.

Stadtheater. Dienstag wird Vorhänge beliebige lomiße Oper Jar und Zimmermann an 1. Male in dieser Spielzeit gegeben. Den Jaren singt Herr Kammerjänger Hubold, den von Welt Herr Kreutzhofer, den Amnon Herr Grunell, den Holoann Herr Reuter, den Joret und Gumban die Herrn Hagen und Kammerjänger Schwarz. Die Marie ist mit Fräulein Kühn, die Witwe Brown mit Fräulein Sebalb besetzt. Musikalische Leitung: Alfred Böhm. Spielleitung: Theo Rosen. Zu der Schillerfeier am Mittwoch nachmittags 3 Uhr werden die hiesigen Künstler zu einem Festkonzert 1.06 M., Barriere 80 Pf., 2. Rang Barriere 65 Pf., Hinterreihen 45 Pf., 3. Rang 35 Pf., Gallerie 20 Pf. Letzte Reihen 25 Pf. schon jetzt an der Kasse des Stadtheaters ausgeben. Zur Aufführung gelangt Maria Stuart. In dieser Schillerfeier werden neben den Schülern, sondern jedermann zu den gleichen erheblichen Preisen Zutritt. Um eine gute Leistung des Zuschauerums zu ermöglichen, fängt die Abendvorstellung 9 1/2 Uhr (zum letzten Male) erst um 8 Uhr an.

Sinfonie-Konzerte des Stadtheater-Orchesters. Nachdem am Sonnabend die Frist zur Erneuerung des Abonnements für die Sinfonie-Konzerte des Stadtheater-Orchesters abgelaufen ist, wird über die nicht erneuerten Abonnementsplätze anderweitig verfügt, und nimmt die Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch Anmeldungen hierfür entgegen. Das erste Konzert am 10. Oktober bringt eine Gedenkstunde für Franz Liszt 100. Geburtstag, welche ein Konzert für Gustav Raffers, Erdtrümmer des Abendstills die bekannte Sängerin Frau Julia Wagner, die sie gelammte Programm mit Orchesterbegleitung bringt.

Verkauft wurde gestern im Wolfspark ein Gut und ein Grundstück. Die Wolfsparkverwaltung bietet hoflich, die Sachen gegen die richtigen umzusetzen.

Baukostenübersicht. Im Sommer, der mit seinem Erfolg im Bauhallenbau außerordentlich zufrieden ist, will sich bei den Hallen wieder per Barzahl-Luftverkehr verabschieden. Diesmal soll ein Passagier-Isolierwagen mitgenommen werden aus den Reihen der Bauhallen-Besitzer. Zu diesem Zweck erhält, wie die Direktion schreibt, ab heute jeder Besucher eine Nummer ausgeteilt, die den Namen des Bauhallen-Besitzers, den das Kost trifft, mit sich am Sonnabend früh zur Verfügung stellen. Sollte die Fahrt nicht unternommen werden können, so erhält dieser 100 M.

Aus den Gerichtsstellen.

Strafkammer.

Gelegentlich eines Unfalls wurden eine stiefen Witwe am 30. Mai Schmitt und Wertgegenstände im Gesamtwerte von 1000 Mark entwendet. Als Täter wurde der 29jährige Arbeiter Dertel ermittelt, der beim Räumen mit gescholten hatte und wegen Diebstahls mehrerer hundert Mark Geld und Wertgegenstände von großer Verwundbarkeit wurde der Angeklagte zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Sittenergehen. Hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt gegen einen 30jährigen Expedienten aus Werleburg. Der Angeklagte hatte ein 14jähriges Mädchen tätlich beleidigt und wurde deshalb zu einer Gefängnis von 150 Tag verurteilt. — Ein 29jähriger Polsterer von hier gelang im August an einem hiesigen Schmalbäcker unzüchtige Handlungen. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Stadt-Theater.

Viel Ärger um nichts. Lulupiel von Shakespeare. Die ganze Rede und Dürre unger moderner Lustspielproduktion läßt sich so recht an eines Shakespeare'schen Komödie anschließen. Eine solche Fülle unheimlichen Mites und unüberwindlichen, sprechenden Wises, die Shakespeare in einer einzigen Komödie mit verführerischer Hand austreut, vermögen unsere modernen Lustspielmacher nicht in ein paar Dutzend Zeilen zu fassen. In der Komödie „Die Heirat“ sind die romantischen Komödien der großen Zeiten nicht viel, und namentlich in Viel Ärger um nichts ist die Form fast alles. Die alle nach einer gewissen Schönlone gezeichneten handelnden Personen des Lustspiels entsprechen lebenden Figuren, wie sie schon vor Shakespeare an der Bühne erschienen waren. Die sind vertreten das einander anscheinend lieblich gekannte Paar, das ein verheiratetes Liebespaar mit einem wigig-wohlfühlen Vorleser beginnt und zum Schluß noch Mann und Weib wird, das feht nicht der Weisheit von Aristomen mit seinem unglücklichen Brautverrat, der bestimmt, die glückliche, sitzliche, leise, Tochter, der schwärmerisch liebende Jüngling, der unglücklich beständiger Hüter der öffentlichen Sittlichkeit. Aber wie lebendig und gewollt in der Form ist das Lustspiel durchgeführt. Der Dialog spricht und summt von Geist und Witz, und hoflich, wenn unheimlich aus einem der, die

Art, wie sich der Dichter über die Schwächen der Menschen lustig macht und sie ironisiert.

Die Darstellung hatte sich des Müdes mit fichtiger Liebe angenommen und bot manich trefflich gelungenen Szenen. In die Rolle (Herr Scholling) hatte man schon etwas höhere Ansprüche stellen dürfen, und einziger Szenen, z. B. dem Waisenfeld, würde eine glücklichere und wirksamere Ausgestaltung nichts geschadet haben. Das Weite an der Aufführung war entschieden die Gärtenzene im dritten Akte, die von Alfred Friedrich, Gustav Hubold und Willi Braun in der urphänomenal fröhlich und lebendig gespielt wurde. Die natürliche, lebensvolle Darstellung des Benedict durch Hans Döfer verdient höchsten Lob. Die Weizicke Scene Schillerberg war keine einseitige gute Leistung. Man das feste, übermäßige Wollen dieser Kommerzienrat in der ersten Gegenwärtigen mit Benedict in unvorstellbarer Weise lebendig zum Ausdruck, so machte sich später eine gewisse Mühseligkeit im Spiel bemerkbar. Marie Scholling gab die arme, leidende Frau angedessen. Willi Braun's verdiente als Claudio nicht ganz zu genügen. Die Rolle des Dolmetscher, barde Georg Lohse zu ergründlicher Würde, objektiv er hat zu Lieberungen neigte. Den mittern, bardeben Don Juan gab Walter Sieg recht glücklich. Aus der langen Reihe der Mitwirkenden waren noch zu nennen Albert Friedrich (Schwänner), Karl Scholling (Antonio), Walter Eichardt (Verachio) und Otto Patra (Mond).

Das Haus bestand sich in angeregter Stimmung und zeichnete die Darsteller durch lebhaften Beifall aus.

Ein russisches Dorf durch Feuer zerstört.

Eine verheerende Feuerbrunst brach am Sonnabend Abend in der russischen Reichstadt Palanau aus. Der Brand, der allem Anscheine nach auf Brandstiftung zurückzuführen ist, brach zu gleicher Zeit an zwei casinenberührenden Stellen aus. Wegen 10 Uhr Abends ist das brennende Dorf nur noch den Resten eines geratigen Flammenzuges. Mehr als 80 Gebäude wurden ein Opfer der Feuerbrunst. Ein ungeheures Elend ist damit über die Bevölkerung des kleinen Dorfes herabgekommen, die nicht weiter als das nackte Leben in Sicherheit bringen konnte. Weiz, Hob und Gut wurden ein Raub der Flammen. Bei den Verstorbenen, Herr des Feuers zu werden, um zu retten, was irgend noch zu retten war, ist eine große Anzahl Menschen ums Leben gekommen. Der Brand kostete bis in die späten Nachstunden nicht gelöscht werden.

Schiffungslad auf der See.

Auf der Seebe zwischen Varna und Antwerpen fuhr ein Dampfschiff, welches sich in höchstem Noth auf dem Meer befand, nebeinander verantere Seehunde. Der Schiff konnte nach dem Fahrweg rechtzeitig verlassen, ebenso kein Frau, die mit einem Säugling auf dem Arm auf eines der gerammten Fahrzeuge gesprungen war. Möglicherweise dem Schwan noch ein, daß in dem fufenden Schiffe nach der hiesigen Seite lief. Beide Eltern beteten nachmals die Kräfte des Schiffes, um ihn zu retten, ehe sie aber das Fahrweg verließen konnten, fand es völlig. Alle vier Personen ertranken. Später fand noch eines der verstorbenen Seehunde und die ganze Familie des Schiffes, die Eltern und drei Kinder, ertranken.

Letzte Nachrichten.

Ein reaktionärer Vorstoß. Chemnitz, 26. September. Nach einer Meldung des Chemnitzer Tageblatts wollen die Konserverfabriken beim Zusammentreffen des Reichstags eine Interpellation einbringen, in der die Regierung befragt wird, welche Schritte die Regierung unternommen habe, um ähnliche Vorkommnisse, wie sie sich in Wien abspielten, namentlich zu vermeiden. Die Beantwortung der Interpellation soll den Reaktionskräften dazu dienen, eine Einigung sämtlicher Parteien gegen die Sozialdemokratie herbeizuführen. Viel Glück!

Vom Düsselroder Wahlkampf. Düsseldorf, 26. September. In einer am gestrigen Sonntag in Düsseldorf stattgefundenen Versammlung, in der neben dem Reichstagsabgeordneten H. Oberland und dem Genosse Liebknecht sprach, forderte der fortwährende Reichstagsabgeordnete Rothhoff und der in der Hauptstadt ausgefallene demokratische Kandidat Weitzscheider zur Unterstützung des Sozialdemokraten auf.

Verfassungsberichte.

Die Reichstags-Verhandlungen für Halle und Hungenberg hielt im Reichstagsgebäude seine Rede. Die neuesten Fortschritte in der Atomone referierte Gefühlsfreund Ad. Hiele, der in hinführender Rede die Geschichte der Atomone von ihrem Ursprung bis zur Gegenwart rekapituliert, wie diese Wissenschaft im Kampfe mit den spekulativen Lehren der Kirche gekämpft, wie besterische große Denker und Naturforscher verstanden und gemindert wurden. Jede neue Entdeckung in dem großen Weltall bedeutet einen Fortschritt auf geistigem Gebiete, und die angestrebte Arbeiterarbeit nimmt Anteil an solchen Vorträgen, die geeignet sind, die kultivierten Menschen von dem Trugbild der spekulativen Lehren zu befreien. Hiesiger Bericht wurde dem sehr interessanten Ausführungen gegollt. Genosse Otto Körkel wurde zum Vorhinein genollt. Es ist noch des schloffen worden, das Chemische Institut zu beenden und einen stündlichen zu veranlassen. Die nächste Verammlung soll am 11. Oktober abgehalten werden.

Wasserstände.

Ort	Stand	Veränderung	Ort	Stand	Veränderung
Alten, Döberfeld	23. Sept. +0,11	24. Sept. +0,12			
Hiera, Döberfeld	+1,81	+1,84			
Unterpegel	+1,22	+1,22			
Weißenseß, Oberpegel	+2,25	+2,26			
Unterpegel	-0,64	-0,59			
Tröbitz	+1,06	+1,12			0,06
Wilsleben, Oberpegel	+2,00	+2,00			
Unterpegel	+0,57	+0,58			0,01
Verbündung	-0,05	-0,05			
Wölze, Oberpegel	+1,20	+1,20			
Unterpegel	+0,80	+0,80			
Elbe.					
Dresden	23. Sept. -2,10	24. Sept. -2,07			0,03
Torgau	-0,35	-0,30			0,05
Bitterfeld	+0,49	+0,54			0,05
Magdeburg	-0,12	-0,15			0,07
Harbu	-0,13	-0,16			0,07
Magdeburg	+0,01	+0,02			0,01

Zum Reichstags-Wahlfonds. Halle. Bauhandwerker in Bannern 132 M. Reiwand.

Mein Geschäft befindet sich von Anfang Oktober bis zum 1. November 4/5 gegenüber Nussbaum Moritz Comh.

